17. Juni - Tag des Revanchismus Seite 2

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 24 vom 15. Juni 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Das Leder rollt für's Kapital!

Rummel um die Fußballweltmeisterschaft wird in diesen Tagen in der bürgerlichen Presse, in Rundfunk und Fernsehen großgeschrieben. Sportlicher Wettkampf dagegen kleiner denn je. „Deutschland, Deutschland über alles und vor allen anderen auf Platz 1" – dieser Hurra-Patriotismus, von dem die letzte „Bild am Sonntag" vor Beginn der Fußballweltmeisterschaft triefte, ist es, der das Bild der Fußballweltmeisterschaft bestimmt. Mit allem, was dazu gehört. Millionen und Abermillionen für Stadien, die ausschließlich für den allerhöchsten Profifußball gebaut werden; chauvinistischer Hetze in der Presse, die den Fußballfreunden einhämmert, daß bei der ganzen Fußballweltmeisterschaft nur eines zählt: gewinnen um jeden Preis. Und nicht zuletzt ein Riesenaufgebot von Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, wie schon bei der Olympiade 1972 in München und Kiel.



60.000 DM zahlt die Bourgeoisie über den DFB den Fußballstars für den Gewinn des WM-Titels. Für diese Summe muß ein Arbeiter 4 Jahre arbeiten. 250 Mio. werden allein für den Neu- oder Umbau von Fußballstadien zum Fenster herausgeworfen. Das sind tausende von Sportplätzen für die werktätige Jugend. Das sind etliche Schulen und Krankenhäuser.

Aber diese Sorgen der Werktätigen sind der Bourgeoisie egal. Im Gegenteil, gerade weil es mit der wirtschaftlichen Lage bergab geht, gerade weil sich die Klassenwidersprüche verschärfen, steckt sie Millionen über Millionen in die Fußballweltmeisterschaft.

Wenigstens für drei Wochen soll dieser Rummel die Arbeiter von den Problemen ablenken, die ihnen auf den Nägeln brennen. Drei Wochen lang soll es nach dem Willen der Bourgeoisie anstelle von Kapitalisten, die mit Kurzarbeit und Entlassung drohen, anstelle von einer Regierung, die die Steuern erhöht und die politische Unterdrückung verschärft, anstelle von DGB-Bonzen, die die Arbeiter zusammen mit den Kapitalisten bekämpfen, eine große Familie der Fußballfreunde geben. Die ganze Bevölkerung soll für den Sieg Deutschlands – vorerst noch beim Fußball – antreten.

Die Bourgeoisie hat sich gewaltig angestrengt, um vor der Welt und ihren imperialistischen Häuptern zu protzen. Aber neben den roten Teppichen für die „hohen Gäste" und hinter den Zäunen für die Quartiere der Fußballmannschaften hört das schöne Bild schlagartig auf. Da bestimmen Polizisten, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr das Bild. Jeder, der mit dem Auto zum Stadion fährt, muß sich darauf gefaßt machen, von der Polizei kontrolliert zu werden. An den Eingängen zu den Stadien werden Stichkontrollen durchgeführt. Jeder, der in diesen Tagen mit „gewölbten Taschen" durch die Strassen oder gar in ein Stadion geht, ist in den Augen der Polizei ein potentieller Attentäter. Polizeiminister Weyer von NRW, gerade rechtzeitig zur Fußballweltmeisterschaft zum Vorsitzenden des DFB aufgerückt, hat angekündigt, daß Demonstrationen und „Beleidigungen von Staatsoberhäupern" in dieser Zeit nicht geduldet werden! Die Sonderkommandos der Polizei, denen erst vor wenigen Wochen der Taxifahrer Günther Jendrian zum Opfer fiel, stehen unter zentralem Kommando abrufbereit. Das ist nicht das Bild eines Landes, das Gäste zum freundschaftlichen sportlichen Wettkampf empfängt, das ist das Bild eines Polizeistaates. Mit dem Fußball als Aushängeschild wird hier in einem großangelegten Manöver die Faschisierung vorangetrieben, soll sich die werktätige Bevölkerung an faschistische Zustände gewöhnen.

Genosse Enver Hoxha empfängt Delegation der KPD/ML

PROLETARE TE TE GJITHA VENDEVE, BASHKOHUNI!


ZERI i POPULLIT
ORGAN I KOMITETIT QENDROR TE PPSH

SHOKU ENVER HOXHA PRITI DELEGACIONIN E PK TE GJERMANISE (m-l)

TIRANË – Sekretari i parë i Komitetit Qendror të PPSH, Enver Hoxha, priti dje dhe zhvilloi një bisedë me delegacionin e PK të Gjermanisë (m-l), të kryesuar nga kryetari i Partisë E. Aust, që ndodhet për një vizitë në vendin tonë.

Në pritje asistonin anëtari i Byrosë Politike e sekretar i Komitetit Qendror të PPSH Ramiz Alia dhe drejtori i Drejtorisë së Jashtme të Komitetit Qendror të PPSH Agim Popa.

Pritja kaloi në një atmosferë shumë të ngrohtë e miqësore.

(ATSH)

Aus Zeri i Popullit vom 6.6.1974:

Genosse Enver Hoxha empfängt Delegation der KPD/ML

" Der 1. Sekretär des Zentralkomitees der PdAA,Enver Hoxha, empfing gestern die Delegation der Kommunistischen Partei Deutschlands /ML, die unter Führung des Vorsitzenden dieser Partei, Ernst Aust, sich zu einem Besuch in unserem Land aufhält und führte mit ihr ein Gespräch. Beim Empfang waren anwesend, das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PdAA, Ramiz Alia und der Direktor der Auslanddirektion des ZK der PdAA Agim Popa.

Der Empfang verlief in einer sehr herzlichen und freundschaftlichen Atmosphäre. (Wir werden im nächsten Roten Morgen ausführlicher über diese Beratungen berichten)

Das "jugoslawische Modell"-Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen

Kurz nachdem mit den westdeutschen Imperialisten Kredite über 700 Millionen DM ausgehandelt worden sind, kommt das jugoslawische Oberhaupt Tito Ende Juni zu einem Staatsbesuch nach Bonn. Mit Tito kommt der führende Vertreter eines Landes, das von „linken" Sozialdemokraten wie dem Kieler SPD-Landesvorsitzenden Steffen als „freiester Sozialismus der Welt" gefeiert und als „jugoslawisches Modell" der westdeutschen Arbeiterklasse als Vorbild für einen „demokratischen Sozialismus" gepriesen wird.

Wie steht es heute um diesen „besonderen Sozialismus" Jugoslawiens, was bedeutet dieses „Modell" für die Arbeiterklasse?

Nicht wenige Kollegen sind im Urlaub schon einmal in Jugoslawien gewesen und haben mit eigenen Augen diesen „Sozialismus" kennengelernt. Entgegen den Versprechungen des Reiseprospektes sahen sie sich einer umfassenden Touristenindustrie gegenüber, die von der Ankunft bis zur Abfahrt alles darauf anlegt, dem „Gast" die Taschen zu leeren. Gebühr für den Strand, Gebühr für den Liegestuhl, Gebühr für die Umkleidekabine usw. usf. Zu Hunderttausenden werden die Touristen ins Land geholt. Die schönsten Plätze Jugoslawiens werden mit Hotels zubetoniert, um noch mehr unterzubringen.

Was für ein „Sozialismus", wo das Volk seiner schönsten Strände beraubt wird, damit ausländische Touristen geplündert werden können! Da ist auch nicht der geringste Unterschied zu Sylt oder der italienischen Riviera.

Das Auftreten des Hoteldirektors, der morgens im Wagen vorfährt, um dann die Angestellten zu kontrollieren und anzutreiben, erinnert schon von weitem an den Bonzentyp aus westdeutschen Direktionsetagen. Und er ist kein Einzelfall. Immer wieder sieht man, wie in den Häfen der Touristenzentren neben ausländischen Booten auch protzige jugoslawische Privatyachten liegen, wie Jugendliche in dicken Wagen – z. B. mit der Aufschrift „BMW-Racing-Club Belgrad" – herumkutschieren. Und wenn man fragt, woher dieser Reichtum stammt, erfährt man nicht selten, daß der Vater leitender Direktor oder Funktionär in Belgrad ist.

Fortsetzung auf Seite 4

Aus dem Inhalt

17. Juni – Tag des Revanchismus S.2
Lohnsteuererhöhung um 3% S.2
Freche Lügen der D„K"P S.2
Sofortige Wiedereinstellung des kommunistischen Betriebsrats S.3
Keine Arbeit für kommunistischen HDW-Lehrling S.3
Arbeiterkorrespondenzen S.3
Revisionistisches S.4
Vom Aufbau des Sozialismus S.4
22 Monate Streik der Farah-Arbeiter in Texas S.5
Mord an irischem Patrioten S.5
Aus aller Welt S.5
Arbeitsgerichtsprozeß S.6
Frankfurt: Zu Besuch bei Thomas Hyrteks Vater S.6
Werkschutzprozeß in München S.7
Hamburg: Kommunistische Lehrer von Entlassung bedroht S.7
Marokkanische Kollegen sind sich einig: „Es war Mord!" S.8
Strafversetzung eines Soldatengenossen S.8
Britische Armee verwüstet Erholungsgebiet S.8

17. Juni - Tag des Revanchismus

Am 17. Juni, wenn die Revanchisten den sogenannten „Tag der deutschen Einheit" begehen, wollen uns die imperialistischen Demagogen in kernigen Feiertagssprüchen einreden, ihnen läge die nationale Einheit Deutschlands am Herzen. Aber das werktätige deutsche Volk hat nicht vergessen, daß diese Herren, die heute – mal mit der Träne im Knopfloch, mal mit unverhüllten imperialistischen Drohungen – von der Wiedervereinigung Deutschlands und der Einheit der Nation reden, nach dem 2. Weltkrieg das Geschäft der Spaltung Deutschlands betrieben haben.

Es waren die deutschen Imperialisten, die als Vasallen des US-Imperialismus unser Land spalteten, um wenigstens in einem Teil ihre Herrschaft wieder errichten zu können. Es waren die deutsche Arbeiterklasse, die deutschen Werktätigen, die unter der Führung der KPD und der SED, mit brüderlicher Unterstützung der Sowjetunion unter Stalins Führung für die Einheit Deutschlands kämpften. Diese Tatsache ist unvergessen.

Und wenn die westdeutschen Imperialisten heute von Wiedervereinigung reden, dann wissen wir, daß sie damit in Wirklichkeit ihre verbrecherische Absicht verkünden, eines Tages, wenn sie sich gegenüber den Supermächten stark genug fühlen, die militärische Rückeroberung der DDR zu versuchen: **„Der westdeutsche Imperialismus, die deutsche Monopolbourgeoisie, hat schon immer die Interessen des deutschen Volkes verraten. Wenn sie von Nation spricht, meint sie Profit und Weltherrschaft. Während sie nach „nationalem Selbstbestimmungsrecht" schrie, versklavte sie ganze Völker, unterjochte sie fremde Nationen. Was sie predigt, um das Volk vor ihren Kriegskarren zu spannen, ist die Überheblichkeit gegenüber anderen Nationen. Wenn sie heute von Wiedervereinigung spricht, meint sie nur die Ausdehnung ihres Herrschaftsbereichs auf die DDR, meint sie die Zurückgewinnung ihrer verlorengegangenen Güter, Fabriken und Banken." (ZK-Erklärung zur nationalen Frage).**

Vor den Karren der Imperialisten wird sich die westdeutsche Arbeiterklasse nicht noch einmal spannen lassen. Die westdeutsche Jugend wird nicht auf ihre ostdeutschen Klassenbrüder das Feuer eröffnen, damit die Krupp, Thyssen und Flick ihr Ausbeuter- und Unterdrückerregime auch über die Werktätigen in der DDR errichten. Darum fordert unsere Partei die sofortige Aufgabe des Alleinvertretungsanspruches der westdeutschen Imperialisten, die sofortige staatliche Anerkennung der DDR.

Und auch die Honnecker-Clique, die neue Bourgeoisie in der DDR, hat nicht nur den Sozialismus, sondern auch die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten. **Während die DDR, als sie noch sozialistisch war, immer für die Einheit Deutschlands eingetreten ist, wird die Spaltung Deutschlands von den revisionistischen Verrätern jetzt verherrlicht.** Sie gehen sogar so weit, zu behaupten, es gäbe zwei deutsche Nationen. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Associated Press verherrlichte Honnecker vor kurzem die Mauer, indem er behauptete, sie diene dem Frieden: „Bevor es sie gab, stand der Frieden ständig auf des Messers Schneide."

Der Frieden soll sicherer geworden sein? – Vielleicht dadurch, daß in der DDR die sowjetischen Sozialimperialisten mit ihren Truppen stehen, deren willfährige Vasallen Honnecker und Konsorten sind? Vielleicht dadurch, daß in der Bundesrepublik die US-Besatzertruppen stehen? Wie kann man überhaupt nur an Frieden denken, solange sich auf deutschem Boden die beiden Supermächte waffenstarrend gegenüberstehen?

Das alles aber kann den lebendigen Wunsch unseres Volkes nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit nicht unterdrücken. Verwandte, die vielleicht nur wenige Kilometer von einander entfernt wohnen, können sich nicht besuchen. Ganze Gegenden an der Grenze zur DDR sind wirtschaftlich ruiniert: hohe Arbeitslosenzahlen, die ganze Familie für Bettelpfennige bei der Heimarbeit – eine Folge der Tatsache, daß die wirtschaftliche Einheit Deutschlands auseinandergerissen wurde. Mitten in Deutschland werden Menschen niedergeschossen, die kein anderes „Verbrechen" begangen haben, als in den anderen deutschen Staat gehen zu wollen. **Das werktätige deutsche Volk möchte diese Zustände lieber heute als morgen beenden.**

Und der Haß des Volkes gilt nicht nur den westdeutschen Imperialisten und der Honnecker-Clique, er gilt vor allem auch den ausländischen Besatzertruppen, den US-Imperialisten und den sowjetischen Sozialimperialisten. Sie werden durch Milliarden finanziert, die den Werktätigen an Steuern abgepreßt werden. Sie verwüsten die Äcker unserer Bauern, unsere Wälder und Fluren. Ihre Anwesenheit erhöht für die Werktätigen nicht nur der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges, sondern die Panzer der Besatzungstruppen werden auch direkt gegen die deutsche Arbeiterklasse aufgefahren, wenn diese das Joch des Kapitalismus in der sozialistischen Revolution abzuschütteln sucht. **Das deutsche Volk wird seinen Kampf gegen die Besatzertruppen bis zu deren endgültiger Vertreibung fortsetzen. Es reiht sich damit ein in die weltweite antiimperialistische Kampffront gegen die beiden Supermächte.**

Und das deutsche Volk wird die Einheit und Unabhängigkeit seines Vaterlandes in einem sozialistischen Deutschland erringen. Denn die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands kann angesichts der Tatsache, daß die westdeutschen Imperialisten und die neue Bourgeoisie in der DDR die nationalen Interessen auf der ganzen Linie verraten haben, nur das gemeinsame Werk der westdeutschen Arbeiterklasse, die den westdeutschen Imperialismus in der sozialistischen Revolution stürzen wird, und ihrer ostdeutschen Klassenbrüder, die die Herrschaft der neuen Bourgeoisie zerschlagen und die Diktatur des Proletariats wiedererrichten werden, sein. Die gesamte deutsche Arbeiterklasse wird das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland aufbauen.

„Ein solches Deutschland, geführt von seiner Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei, wird die beste Tradition des deutschen Volkes verkörpern. Ein solches friedliebendes Deutschland wird nie seine Nachbarn bedrohen. Es wird die Sympathien der Werktätigen aller Länder genießen. Ein solches Deutschland wird, gestützt auf seine eigenen Kräfte und im Bündnis mit den sozialistischen Bruderländern jeder Aggression imperialistischer Mächte trotzen. Ein solches Deutschland wird den endgültigen Sieg der Weltrevolution entscheidend vorantreiben." (ZK-Erklärung).

Lohnsteuererhöhung um 3 Prozent

Als „Kernstück der Reformpolitik" wird uns seit Jahren von der Bonner Regierung die „Steuerreform" angekündigt. Die DGB-Bonzen stellen in der „Gewerkschaftspost" vom Juni „mit Genugtuung fest, daß die Umgestaltung der Lohn- und Einkommenssteuer und die damit verbundene Neuordnung des Familienlastenausgleichs zugunsten der unteren und mittleren Einkommensbezieher ... am 1. Januar nächsten Jahres in Kraft treten wird." Die Wahrheit ist: ab 1. Januar müssen viele Werktätige nicht weniger, sondern mehr Steuern zahlen.

„Die Kleinen fahren am besten" – diese Schlagzeile der Westdeutschen Allgemeinen vom 6. Juni ist typisch für die dummdreiste Demagogie, mit der die bürgerliche Presse uns einzureden versucht, diese sogenannte „Steuerreform" komme den Interessen der Werktätigen entgegen. Und es fehlt zur Untermauerung dieser Behauptung auch nicht an Zahlenakrobatik. Die WAZ bringt in der gleichen Ausgabe das Beispiel eines Arbeiters mit zwei Kindern, dessen Frau nicht berufstätig ist und der 18.000 DM brutto verdient. Dieser Kollege muß statt wie bisher 19 % nun 22 % Lohnsteuer zahlen. Eine Steuererhöhung also? – Weit gefehlt!

Die WAZ rechnet vor: Jahressteuer nach dem geltenden Recht 1.267 DM, in Zukunft 112 DM. Das ist keine Zauberei, die WAZ hat sich lediglich einen Kollegen ausgesucht, der die berühmten „Sonderausgaben" voll ausnutzt. So kann er zur Zeit für seine Familie insgesamt 3.200 DM an „Sonderausgaben" absetzen, wenn wir den Weihnachtsfreibetrag und die Kilometerpauschale einmal nicht mitrechnen. Es ist allerdings sehr unwahrscheinlich, daß ein verheirateter Kollege mit zwei Kindern es sich bei einem Bruttolohn von 1.500 DM leisten kann, pro Monat 275 DM für Versicherungen und dergleichen auszugeben. Im nächsten Jahr aber wird der Kollege – Kilometergeld und Weihnachtsfreibetrag wiederum nicht mitgerechnet – sogar 12.000 DM als „Sonderausgaben" absetzen können. Der Kollege braucht also pro Monat von seinen 1.500 DM brutto nur 1.000 DM für Versicherungen u. ä. auszugeben und schon hat er in der Tat 90% Lohnsteuer gespart. Von den verbleibenden 500 DM soll der Kollege dann nach Ansicht der bürgerlichen Rechenkünstler offensichtlich seine Familie ernähren und kleiden, Miete und Krankenversicherung zahlen usw.

Kehren wir zur Realität zurück. Tatsache ist, wir haben es bereits festgestellt, daß ab 1. Januar die Werktätigen 3% mehr Steuern zahlen sollen. Durch die neue Kindergeldregelung werden zwar für viele Kollegen ein paar Mark herausspringen, die aber durch die allgemeine Steuererhöhung und durch die Inflation aufgefressen werden. Die vielgepriesene „Erhöhung des Sonderausgabenbetrages" ist für die meisten Werktätigen kaum einen Pfennig wert, weil sie sich von ihrem Lohn nicht einmal so viele „Sonderausgaben" leisten können, um die bisherigen Höchstbeträge zu erreichen. Hier sahnen die Großverdiener ab.

Die D„K"P-Revisionisten finden laut UZ, daß die „Steuergesetzgebung unsozial bleibt" und sie haben eine lange Wunschliste aufgestellt, die von der „Steuerfreiheit der Beiträge zur Sozial- und Krankenversicherung", über die „Senkung der Mehrwertsteuer für Massenkonsumgüter" bis zur „Anhebung des Besteuerungssatzes für Großverdiener von 53% auf 90%" reicht. Das sind durchaus annehmbare Forderungen. Die modernen Revisionisten versuchen so, sich an die Spitze der Empörung der Werktätigen über die Ausplünderung durch den imperialistischen Staat zu setzen. **Ihr Ziel aber ist es, die Werktätigen gerade mit diesem imperialistischen Staat zu versöhnen.** Mit der Parole „Die Profithaie müssen zur Kasse gebeten werden!" wollen sie die Illusion erzeugen, dieser Staat der Kapitalisten würde gegen die Interessen der Kapitalisten handeln und mit der Ausplünderung der Werktätigen Schluß machen. Aber die soeben verabschiedete „Steuerreform" beweist das genaue Gegenteil. Nur im unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf können die Arbeiterklasse, alle Werktätigen sich gegen die Ausplünderung durch den Kapitalistenstaat zur Wehr setzen.

Und erst nachdem die Arbeiterklasse den Kapitalismus in der proletarischen Revolution gestürzt, den Kapitalistenstaat gewaltsam zerschlagen und ihren Staat, die Diktatur des Proletariats, errichtet hat, ist Schluß mit der staatlichen Ausplünderung, dient der Staat wie in den Volksrepubliken China und Albanien den Interessen der Werktätigen.

Gegen den Kampf der arabischen Völker:

Freche Lügen der D"K"P

Wie immer, wenn die sowjetischen Sozialimperialisten wütend sind, fangen auch ihre kleinen Köter in anderen Ländern an zu kläffen. Da fehlt auch die „UZ" der D„K"P-Revisionisten nicht. Getroffen darüber, daß der ägyptische Präsident Sadat Anfang März die dunklen Machenschaften des Sozialimperialismus gegen die arabischen Völker entlarvte, versuchen sie nun die Tatsachen des Oktoberkrieges zu verdrehen und die arabischen Länder als „undankbar" abzustempeln.

Frech behauptet die "UZ", daß die Erfolge im Okotberkrieg der arabischen Völker im Grunde Erfolge der Sowjetunion seien: "Alle militärischen Erfolge im Oktoberkrieg dankt Ägypten der Menge und der Qualität der sowjetischen Ausrüstung und dem Heldentum seiner Soldaten, die, als sie gelernt hatten, mit diesen Waffen umzugehen, mit deren Hilfe den Mythos von der Unbesiegbarkeit der israelischen Armee zerschlugen." (UZ, 28.5.74)

Helden also waren die ägyptischen Soldaten nur, weil sie sowjetische Waffen besaßen? Die ägyptische Führung hat vor aller Welt entlarvt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihr Waffenmonopol benutzten, um das Heldentum der ägyptischen Soldaten abzuwürgen, um die mutig kämpfenden arabischen Völker zum Stillstand zu zwingen, und daß die Sozialimperialisten im entscheidenden Augenblick den arabischen Ländern die notwendigen Waffen verweigert haben. Da ist es blanker Zynismus, wenn "UZ" das zu entkräftigen sucht, indem sie behauptet, daß das sowjetische Waffenmonopol Ägyptens "militärische Kraft festigte"!

Daß die Sowjetunion den Befreiungskampf abwürgte, wagen die D'K'P-Revisionisten dabei nicht zu leugnen, aber sie versuchen – schlimmer noch – das als Rettungstat hinzustellen. Ägypten habe sich damals vor der "physischen Vernichtung" durch die "israelische Kriegsclique" befunden, was aber durch die Sowjetunion verhindert worden sei: "Die ganze Welt weiß, daß dies der politischen Hilfe der sozialistischen Freunde der Araber und insbesondere dem energischen Einschreiten der Sowjetunion und ihrer Diplomatie zu verdanken ist, die sich in entscheidendem Maße für die Erfüllung der Resolution des Sicherheitsrates über Feuereinstellung einsetzte." (UZ, 28.5.)

Allerdings weiß die ganze Welt, daß die Feuereinstellungsresolution über Nacht von den beiden Supermächten im Sicherheitsrat durchgepeitscht wurde, daß die arabischen Völker aber den Kampf bis zum Sieg weiterführen wollten, weiß die ganze Welt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten auf die ägyptische Führung Druck ausgeübt haben, damit der Kampf eingestellt wird. Im März enthüllte Sadat in einem Interview: Ägypten habe mit blutendem Herzen unter sowjetischem Druck im Oktoberkrieg der Feuereinstellung zugestimmt. Die Sowjetunion habe schon wenige Stunden nach Ausbruch des Oktoberkrieges Druck auf Kairo ausgeübt, das Feuer einzustellen.

Wer hier von den sowjetischen Sozialimperialisten gemeinsam mit den US-Imperialisten gerettet wurde, das waren allein die israelischen Zionisten!

Wie wenig wählerisch die Revisionisten in ihren Lügen sind, zeigt sich, nachdem die beiden Supermächte USA und Sowjetunion in Genf versuchen, die arabischen Länder zu einem Kapitulationsfrieden zu zwingen: Plötzlich sind bei der „UZ" die Zionisten nicht mehr gefährlich und aggressiv, sondern mit ihrer neuen Regierung vernünftig geworden. Aggressionsakte und Verbrechen werden offensichtlich heruntergespielt. Als die Zionisten zum Beispiel in der Nähe von Nablus, im besetzten arabischen Gebiet, die arabische Bevölkerung mit Waffengewalt verjagten, um eine zionistische Wehrsiedlung daraus zu machen – wie sie es seit Jahren schon in hunderten Fällen getan haben, **da ist das bei „UZ" plötzlich nur noch ein „Störmanöver der Extremisten", eine „Attacke von rechts", eine „Provokation" der Rechten „gegen Friedensbemühungen"!**

Tatsächlich – und das weiß die ganze Welt – werden die Zionisten niemals freiwillig ihre Aggressionen einstellen, freiwillig die arabischen Gebiete räumen, sondern weiterhin ihre Gewaltherrschaft im Nahen Osten aufrecht zu erhalten suchen – im Feuerschutz der „UZ"-Propaganda der D„K"P-Revisionisten!

Für die arabischen Völker wird es in Genf unter dem Diktat der Supermächte keinen gerechten Frieden, keine völlige Räumung aller besetzten Gebiete geben und insbesondere das palästinensische Volk wird seine legitimen Rechte als wahrer Herr über Palästina, das von den Zionisten okkupiert ist, nicht wiedererlangen. Entgegen dem Rat von falschen Freunden wie den D„K"P-Revisionisten liegt das Heil dieser Völker weder in Genf, noch in der Freundschaft mit der sozialimperialistischen Sowjetunion, einem gefährlichen Feind der arabischen Völker. **Frieden und Befreiung werden die arabischen Völker einzig auf dem Schlachtfeld gegen den zionistischen Feind und im Kampf gegen die Hegemoniebestrebungen beider Supermächte erringen.**



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06-466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50 Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Dortmund; Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36; Erscheinungsweise: wöchentlich samstags; Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,- DM für ein Jahr (25 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Sofortige Wiedereinstellung des kommunistischen Betriebsrats

Hermann Heiner, kommunistischer Betriebsrat der zum Münchner Druckereikonzern gehörenden Firma Mandruck, soll entlassen und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Seit Jahren ist der Kommunist Heiner den Bruckmann-Kapitalisten und den IG Druck & Papier-Bonzen gleichermaßen verhaßt. Bruckmann-Boß Stiebner und Konsorten versuchen seit langem, diesen unerschrockenen roten Betriebsrat mundtot zu machen.

Es ist völlig klar, in welchem Zusammenhang der Versuch der Bruckmann-Kapitalisten, sich endlich des kommunistischen Betriebsrates zu entledigen, steht: Die Firma Mandruck, einst ein mittlerer Offset-Betrieb mit rund 200 Beschäftigten, wurde vor Jahren von Bruckmann geschluckt. Seit diesem Zeitpunkt leben die Kollegen in ständiger Unsicherheit. Nach und nach räumten die Bruckmann-Kapitalisten Mandruck aus und machten die Firma zu einem lebensunfähigen Anhängsel. In diesen Tagen sollen 140 Kollegen von Mandruck zu Bruckmann wechseln. Viele wissen noch nicht, welcher Arbeitsplatz sie erwartet, zu welchen Bedingungen sie anfangen sollen. Die bei Mandruck verbleibenden 40 Kollegen müssen mit dem schlimmsten rechnen: Schließung des Betriebes, zumindest aber erhebliche Lohneinbußen und verschärfte Arbeitshetze.

Die Unruhe im Betrieb wächst. Darum wollen die Bruckmann-Kapitalisten den konsequenten Kämpfer für die Interessen der Belegschaft abservieren und sprachen die fristlose Kündigung aus. Aber der Betriebsrat verweigerte dieser Entlassung des Betriebsratsmitgliedes Heiner die Zustimmung. Die Bruckmann-Kapitalisten teilten dem Genossen Heiner daraufhin mit, er habe bis zur gerichtlichen Klärung Arbeitsplatzverbot."

Vorbereitet wurde dieser Versuch der Bruckmann-Kapitalisten, den kommunistischen Betriebsrat Hermann Heiner zu entlassen, durch die IG DruPa-Bonzen. Seit mehr als drei Jahren hat der revolutionäre Gewerkschafter Hermann Heiner kaum eine Mitgliederversammlung versäumt und auf kaum einer Versammlung versäumte er, den arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat zu entlarven. Während seiner Rede auf der Jahreshauptversammlung am 7. 5. 74 wurde ihm auf Antrag des Münchner Vorstandsmitgliedes Messow, einer D„K"P-Revisionistin, das Wort entzogen.

Anschließend stellte der Münchner Ortsvorstand fest, die Ausführungen des Genossen Heiner seien „gewerkschaftsfeindlich im Sinne der Satzung" gewesen. Genosse Heiner wurde aufgefordert, 4 seiner Äußerungen, in denen der Charakter des DGB-Apparats als Instrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse aufgezeigt wurde, zu widerrufen. Der Kommunist Hermann Heiner widerrief selbstverständlich nicht. Im Gegenteil: in einem 8-seitigen offenen Brief untermauerte er die Richtigkeit seiner auf der Jahreshauptversammlung getroffenen Feststellungen. Von den 70 organisierten IG DruPa-Mitgliedern unterschrieben über 60 eine Protestresolution gegen den geplanten Ausschluß.

Am selben Tag, an dem die Bruckmann-Kapitalisten versuchten, den Betriebsrat zu feuern, stellte der Münchner Ortsvorstand auf einer Mitgliederversammlung den Antrag, ein Ausschlußverfahren gegen Hermann Heiner beim Hauptvorstand einzureichen. Dazu ist zu sagen, daß die meisten Mitglieder zu diesen Versammlungen gar nicht erscheinen, weil sie sehen, daß der IG DruPa-Apparat ihre Interessen nicht vertritt. So sind die Mitgliederversammlungen hauptsächlich Tummelplatz für die Bonzen und ihr arbeiteraristokratisches Fußvolk, für die D„K"P-Revisionisten und für deren Wasserträger vom sogenannten „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD". Die D„K"P-Revisionisten waren es, die bei dem Ausschlußantrag mit federführend waren. Kurz zuvor hatten sie eine Resolution gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse verabschiedet.

Einerseits zeigt sich hier, daß die modernen Revisionisten nicht gegen die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" auftreten, weil sie etwa für innergewerkschaftliche Demokratie eintreten, sondern daß sie nur sicherstellen wollen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sich gegen die Marxisten-Leninisten richten und nicht etwa von sozialdemokratisch besetzten Teilen des Apparats im Kampf um die Bonzensessel gegen sie selbst gerichtet werden können. Andererseits zeigt das Vorgehen der D"KP im Fall des Genossen Heiner die Angst der Revisionisten davor, daß der Kampf zwischen Revisionismus und Marxismus-Leninismus, zwischen D'K'P und KPD/ML breit in der Arbeiterbewegung geführt wird. **Hier im Ortsverein München sind die D'K'P-Revisionisten nicht nur die beste Stütze des arbeiterfeindlichen Apparats, sie haben ihn teilweise in der Hand.** Umso klarer zeigte sich: Der moderne Revisionismus ist der Hauptfeind in der Arbeiterbewegung.

Daß auch er auf dem Boden des modernen Revisionismus steht, demonstrierte der sogenannte "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (Ehemals Arbeiterbasisgruppen) in aller Deutlichkeit. Mit der Parole "Macht die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse" verbreiten sie revisionistische Illusionen über den Klassencharakter des DGB-Apparats und versuchen gleichzeitig um jeden Preis, Pöstchen im Apparat zu erobern. Auf dieser Mitgliederversammlung wurde klar, daß diese Politik zwangsläufig auf den Weg des revisionistischen Arbeiterverrats führt.

Als dem Arbeiterbund-Häuptling Zintl vor nicht allzu langer Zeit selbst ein Ausschlußverfahren drohte, waren es unter anderem der Genosse Heiner, Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei, die dagegen Unterschriften sammelten und mithalfen, diesen Ausschluß zu verhindern. Eben dieser Zintl schämte sich nicht, jetzt den Genossen Heiner ans Messer zu liefern. Er forderte den Genossen auf, sich von der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) zu distanzieren. Er fuhr fort: "Wenn du für die RGO bist, stimme ich für deinen Ausschluß."

Natürlich propagierte der Kommunist Heiner in seinem Schlußwort die Notwendigkeit des Aufbaus der RGO. Bis auf drei oder vier Genossen, die sich der Stimme enthielten und dem Aufruf ihrer Führer nicht folgten, stimmten die anwesenden Mitglieder des Arbeiterbundes daraufhin für den Ausschluß des Kommunisten Heiner. **Dieser abscheuliche Verrat sollte allen ehrlichen Mitgliedern und Sympathisanten dieses Zirkels klarmachen, daß diese Organisation nicht nur nicht auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, sondern auch den Boden der Klassensolidarität verlassen hat und den Weg des revisionistischen Verrats an der Arbeiterklasse beschreitet.** Angesichts dieser Einheitsfront der Reaktion war es durchaus ein Erfolg, daß von den nur 150 Anwesenden 20 Kollegen dem Antrag des Ortsvorstandes auf Einleitung eines Ausschlußverfahrens die Zustimmung verweigerten.

Der Kampf gegen den Gewerkschaftsausschluß des kommunistischen Betriebsrats Hermann Heiner geht weiter. An den Münchner Druckbetrieben werden Unterschriften gesammelt. Die Klassensprecherversammlung der Berufsschule hat in einer einstimmig verabschiedeten Resolution gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß von Hermann Heiner protestiert. **Auch mit der Verhängung des Arbeitsplatzverbots ist es den Bruckmann-Kapitalisten nicht gelungen, den kommunistischen Betriebsrat aus dem Betrieb zu jagen. Genosse Heiner arbeitet Tag für Tag von 7.00 - 16.00 Uhr im Betriebsratsbüro.**

WEG MIT DEM AUSSCHLUSSANTRAG!
VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!
SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG DES KOMMUNISTISCHEN BETRIEBSRATS HERMANN HEINER!



SKLAVENHÄNDLERMETHODEN!

Neulich stellte ich mich bei Siemens in Westberlin als Wicklerin vor. Auf der Theke des Einstellungsbüros stand eine Metallsäule. Ich mußte sie mit der linken und der rechten Hand umfassen. Ich kam mir vor wie auf dem Sklavenmarkt.

Dann hielt mir ein Kapitalistenknecht ein Buch vor die Nase. Ich mußte erst dreimal hinschauen, so klein war die Schrift. Der Text wimmelte von Ausdrücken wie Weltgeist oder Urgewissen und anderen Fremdwörtern.

Im Anschluß an diese Behandlung wurde mir dann 4,59 DM Anfangsakkordlohn geboten. Als Höchstlohn gaukeln die Siemenskapitalisten den Frauen 6,60 DM vor. Aber der Akkord ist so hoch gesetzt, daß noch nicht einmal Kolleginnen, die schon 15 Jahre hier arbeiten, auf dieses Geld kommen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kampf dem kapitalistischen Ausbeutersystem!

ZENSUR GEGEN JUGENDGEWERKSCHAFTSZEITUNG

Seit ungefähr einem halben Jahr besteht in Gießen eine Jugendgruppe der IG Druck und Papier. Von Anfang an haben wir versucht, unabhängig vom Vorstand zu arbeiten. Wir brachten auch selbständig eine Zeitung heraus, die wohl nicht ganz nach dem Geschmack der DruPa-Bonzen war. Nachdem die ersten beiden Nummern erschienen waren, wurde uns vom Vorstand mitgeteilt, daß zukünftige Ausgaben erst einem Vorstandsmitglied vorgelegt werden müßten, bevor wir es veröffentlichen dürfen. Dies solle zwar keine Zensur sein, man wolle sich aber doch in Einklang mit der Gewerkschaftsjugend bringen. Dies sind nichts als schöne Worte für einen Maulkorb.

Den Mitgliedern der Jugendgruppe und vielen Kollegen in den Betrieben wurde jedoch klar, daß dies ein weiterer Versuch der Bonzen war, die freie politische und gewerkschaftliche Betätigung zu unterbinden.

LKW - FAHRER NACH UNFALL FÜR DEN KAPITALISTEN UNBRAUCHBAR !

Auf einer Autobahnraststätte sprach mich ein etwa 40-jähriger Mann an und bat mich, ihn ein Stück mitzunehmen. Während der Fahrt erzählte er mir, warum er gezwungen war, auf diese Art zu reisen. Vor zwei Jahren hatte er bei einer Fahrt für seine Firma (der Kollege ist LKW-Fahrer) in Österreich einen schweren Unfall. Nachdem er zwei Jahre in Wien im Krankenhaus gelegen hatte, hatte seine Firma ihm mitgeteilt, daß er selbst zusehen müsse, wie er nach Hause käme. So war der Kollege jetzt auf dem Heimweg nach Niebüll, kurz vor der dänischen Grenze. Jetzt war er schon vier Tage unterwegs und noch nicht ganz in Dortmund...

Münster: ERNEUTE KÜNDIGUNG VON SCHWESTER UTE!

Wir berichteten im Roten Morgen bereits mehrmals über die Entlassung der kommunistischen Krankenschwester Ute bei der Augenklinik der Universitätsklinik Münster. Nur mit Mühe fand Ute eine neue Stelle am evangelischen Krankenhaus in Münster. Nach 2 Monaten wurden ihr jetzt erneute Kündigung und Zwangsbeurlaubung bis zum 31.6. mitgeteilt. Die ÖTV empfahl ihr, von sich aus zu kündigen und drohte ihr den Gewerkschaftsausschluß wegen Mitgliedschaft in der KPD/ML an. Die Kollegen auf der Station waren spontan auf der Seite der Genossin. Sie verlangten ihre Versetzung auf eine andere Station, weil sie mit dem Chef Dr. Liechtenstein, der Utes Entlassung gefordert hatte, nicht mehr zusammenarbeiten wollten.

Auf Initiative der Betriebszelle der KPD/ML für die Krankenhäuser in Münster wurde gemeinsam mit Kolleginnen von Ute eine Information zusammengestellt, die die Kollegen im Krankenhaus und in anderen Krankenhäusern verteilten. Als in der Krankenpflegeschule über den "sozialen Rechtsstaat" gesprochen werden sollte, erklärten die Schüler, daß der Fall der kommunistischen Krankenschwester Ute zeige, daß es diesen sozialen Rechtsstaat gar nicht gäbe. Utes ganze Station ging geschlossen zu dem Dr. Liechtenstein und verlangte die Zurücknahme der Kündigung. Auf einer von der Krankenhausverwaltung einberufenen Versammlung der Vollschwestern ließ die Krankenhausverwaltung die Katze aus dem Sack, daß es sich hier um eine politische Entlassung handelt. Ute werde entlassen, weil sie die KPD/ML propagiere, und weil die Kommunisten gegen die Religion seien. Ihr wurde eine Anzeige wegen Hausfriedensbruchs angedroht, weil sie trotz des Zwangsurlaubs in den Betrieb gegangen war. Nicht nur die Partei, auch die neugegründete Rote Hilfe-Initiative Münster mobilisiert für den Kampf gegen diese erneute politische Entlassung der kommunistischen Krankenschwester Ute.

MASSENENTLASSUNGEN AUCH BEI VW GEPLANT!

Nach Opel und Ford sickerte jetzt auch bei VW durch, daß die VW-Bosse **Massenentlassungen** planen. 3000 - 10 000 Kollegen sollen gefeuert werden. Auch die VW-Bosse versuchen, die Massenentlassungen zu vertuschen, indem sie die Kollegen zu "freiwilligen Kündigungen" zwingen wollen. Wie 'freiwillige Kündigungen" von Kollegen dann aussehen, demonstriert ein kleines Beispiel, das sich am Freitag, den 7.6. bei Ford/Köln abspielte: Der Meister geht zu einem türkischen Kollegen und sagt zu ihm, er solle jetzt nach Hause gehen und am Montag seine Kündigung schikken. Durch das Eingreifen von Kollegen konnte diese "freiwillige Kündigung" verhindert werden. Die Kollegen von Ford/Köln berichten auch über gesteigerte Arbeitshetze. So streikten vor einiger Zeit 6 Kollegen (Himmelsmacher) in der Y-Halle, weil zwei Kollegen von ihrem Band abgezogen worden waren. Der Meister behauptete, die Verringerung der Kolonne von 8 auf 6 Mann sei gerechtfertigt, weil die Produktion ja auch von 420 auf 360 Wagen gesenkt worden sei. Doch die Kollegen rechneten ihm vor, daß sie bei diesem Manöver eine Mehrleistung von über 11% bringen müssen. Zwar wurden die Kollegen nach Hause geschickt und die Produktion für diesen Tag mit Meistern aufrechterhalten, aber die Ford-Kapitalisten trauten sich wegen der großen Kampfbereitschaft in der Y-Halle nicht, die angedrohten Kündigungen auszusprechen.

Hamburg: Keine Arbeit für kommunistischen HDW-Lehrling

In der letzten Zeit wird immer so viel von Berufsverboten gesprochen. Diese Berufsverbote gibt es aber nicht nur für Lehrer und andere Beamte. Jeder einfache kommunistische Arbeiter kann heute genauso betroffen sein.

Ich bin Ende März dieses Jahres als kommunistischer Jugendvertreter noch während meiner Lehrzeit im 3. Lehrjahr bei HDW in Hamburg aus dem Betrieb geworfen worden. Meine Hoffnung, die Lehre noch in einem anderen Betrieb abschließen zu können, mußte ich schnell begraben. Ich wurde einer von 2.400 Jugendlichen, die allein in Hamburg vergeblich eine Lehrstelle suchen.

Also bemühte ich mich, in Hamburger Großbetrieben als Ungelernter unterzukommen. Häufig konnte ich feststellen, daß mich Firmen zunächst ganz gern genommen hätten, denn ein fast ausgelernter Maschinenschlosser, dem man aber nur Hilfsarbeiterlohn zu zahlen braucht, der schmeckt den Bossen schon. **Doch immer endete es bei dem Blick auf die Papiere:**
„HDW? Warten Sie mal einen Moment draußen!"
Es dauerte 10-15 Minuten, dann die Antwort:
„Tut uns leid, wir können Sie leider nicht beschäftigen."

In einem Betrieb dauerte es etwas länger – hier kam der Meister 5 Minuten vor Feierabend an meinem ersten Arbeitstag, sagte, ich solle mir meine Papiere holen.

Mit welchen Methoden die Kapitalisten vorgehen, um von vornherein zu verhindern, daß kommunistische Arbeiter in die Betriebe hereinkommen, wurde bei meiner Bewerbung in einem Rüstungsbetrieb deutlich. Hier bekam ich ein Blatt Papier mit folgenden Fragen vorgelegt:

„Wären Sie im Falle einer Einstellung bereit, sich von staatlichen Sicherheitsorganen überprüfen zu lassen?" „Würden Sie auf Reisen in Länder im kommunistischen Machtbereich verzichten?" Außerdem Fragen zur Herkunft der gesamten Verwandtschaft und Bekanntschaft, sowie über die Zugehörigkeit zu „linksextremistischen Organisationen" bzw. verbotenen Parteien.

Obwohl ich alle Fragen „ordnungsgemäß" beantwortete, wurde ich nicht eingestellt.

Inzwischen bin ich daran gegangen, mich auch in kleineren Betrieben zu bewerben, um überhaupt wieder Arbeit zu bekommen. Diese Betriebe sind aber größtenteils gar nicht an neuen Arbeitern interessiert. In einem Betrieb wurde mir ganz offen gesagt: „Mann, wir sind froh, daß wir gerade 5 Leute losgeworden sind, ohne daß wir ihnen kündigen mußten."

Bis heute habe ich keine neue Arbeitsstelle gefunden.

Genossen, solche Fälle wie meiner sind heute sicherlich für größere Teile der Arbeiterklasse noch nicht typisch. Trotzdem zeigen sie, wohin die Entwicklung geht. Wenn ich mit älteren Kollegen darüber spreche, dann bekomme ich oft zu hören: „Genauso war es damals, vor 33." Sie erinnern sich dann an Massenarbeitslosigkeit, Rausschmisse von Kommunisten und Nazi-Terror. Diese Kollegen werden es mit Sicherheit nicht wieder so weit kommen lassen.

Und gerade wir Jungen haben die Pflicht, von all diesen Erfahrungen zu lernen, um es nicht wieder so weit kommen zu lassen wie 33, sondern vorher unter der Führung der KPD/ML durch die proletarische Revolution mit der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung endgültig Schluß zu machen.

Rot Front! W.M.

Revisionistisches

Revisionistisches Glück

In der "Elan", der Zeitung der 'S'DAJ vom Juni 1974, findet sich eine Umfrage unter sowjetischen und deutschen Jugendlichen über ihre Vorstellungen vom Glück. Hier einige Blüten aus dem Strauß von revisionistischen Wunschträumen, die die modernen Revisionisten für die Jugendlichen parat halten:



Bei den „Weltjugendfestspielen" in Berlin auf dem Alexanderplatz. 1973

Es beginnt mit einem Mädchen, das, wie könnte es anders sein, unter Glück eine Liebesromanze versteht: "Zufriedenheit, inneres Hochgefühl, ein Ziehen in der Herzgegend..." Ein junger Mann: "Glück ist, wenn man Geld hat, nicht arbeiten braucht und eine Frau hat..." oder: "Ein Lotto-Gewinn, eine gute Frau haben..." oder: "Glück ist wenn man ohne Arbeit zu etwas kommt, ein Lotto-Erfolg..." Ein Gymnasiast sagts in einem Satz: "Nur Jesus Christus." Ein Arbeiter: "Wenn ich zufrieden bin, genug Geld habe und keinen Ärger im Betrieb und mit dem Chef habe." Ein Lehrling: ' Wenn man mit dem Chef gut auskommt.. "

Ein Kommentar erübrigt sich wohl.

Nieder mit der Unidad Popular!

Am 25.5. ließ die 'S'DAJ in Rüsselsheim eine "Solidaritäts"veranstaltung mit dem chilenischen Volk abrollen. Das war für die Rote Garde ein guter Anlaß, um zu zeigen, daß die modernen Revisionisten tatsächlich eine Agentur des Kapitals und die Todfeinde der Arbeiterklasse sind.

Am Anfang verteilten die Genossen die Erklärung der Revolutionären Partei Chiles und einen Artikel aus dem Roten Morgen über die angebliche Solidarität der modernen Revisionisten mit dem chilenischen Volk. Mit Mitgliedern und Sympathisanten der 'S'DAJ konnten eine Reihe von Diskussionen geführt werden.

Auf der Veranstaltung pries ein Redner in warmen Worten den "parlamentarischen und friedlichen Weg zum Sozialismus', für den die Unidat Popular gekämpft habe. **Er sagte, die UP habe bewiesen, daß dieser Weg gangbar sei und deshalb brauche man auch hier in Deutschland eine solche Volksfront. Welch ein unglaublicher Zynismus! Wo ist denn der Sozialismus, den diese UP erkämpft hat? Wohin sie mit ihrem "friedlichen Weg" das Volk geführt hat, ist die blutige Terrorherrschaft des Faschismus!**

Und so, wie die modernen Revisionisten erst dem Faschismus den Weg bereitet haben, predigen sie heute die Kapitulation vor dem faschistischen Regime. In einem Film, den sie über die gegenwärtige Lage in Chile ziegten, mußte man den Eindruck gewinnen, daß die einzige Antwort des Volkes auf den Faschismus Tränen und Trauer sind.

Nach diesem Film hatten es die Revisionisten sehr eilig, die offizielle Veranstaltung zu beenden. ' In kleinen Gruppen könne man doch viel besser diskutieren", hieß es. Es war klar, daß sie Angst vor einer öffentlichen Diskussion hatten. **Gegen den Willen des Veranstaltungsleiters konnten die Genossen der Roten Garde aber eine solche Diskussion durchsetzen, und ein Redner der Roten Garde entlarvte vor aufmerksamen Zuhörern die Verbrechen der modernen Revisionisten in Chile.**

Nach der Veranstaltung sprach ein älterer Arbeiter die Genossen an und sagte ihnen, daß er den Verrat der modernen Reyisionisten verurteile. Er kannte den Roten Morgen schon vom Strassenverkauf und kaufte ihn auch hier. Im Gespräch zeigte sich, daß er auch den neorevisionistischen Charakter der Zirkel erkannte. Er schimpfte auf Spalter wie Horlemann und freute sich über den konsequenten Kampf von Ernst Aust. Als Selbstkritik fügen die Genossen ihrem Bericht hinzu, daß sie nicht früh genug eingegriffen haben. Sie hätten den Redner schon während seiner Rede mit Zwischenrufen unterbrechen und ihn danach zur Rede stellen sollen.

Fortsetzung von Seite 1

Das "jugoslawische Modell"- Ausbeutung und Unterdrückung

Wie anders dagegen, wenn man ins Landesinnere fährt. Karg bebaute Felder, in kleinste Parzellen zerstückelt, die den Besitzer kaum selbst ernähren können. Dörfer, in denen es nicht einmal Elektrizität gibt und die werktätige Bevölkerung in großer Armut lebt. Dort kann man erfahren, was der „besondere Sozialismus" Titos den Werktätigen Jugoslawiens tatsächlich gebracht hat. Spricht man mit den Menschen, so machen viele einen niedergeschlagenen Eindruck: **wachsende Arbeitslosigkeit und steigende Preise lasten schwer auf ihren Schultern. 1973 hatte die titoistische Führung, weil Arbeiter in vielen Betrieben durch Streiks versuchten, höhere Löhne durchzusetzen, einen Lohn- und Preisstopp verhängt. Was aber danach weiter stieg, das waren die Preise – je nach Region um 15-25%. Die Arbeitslosigkeit betrug 1972 schon 8,8% – nicht einbezogen die eine Million Jugoslawen, die ins Ausland gegangen ist, um ihre Familien überhaupt am Leben erhalten zu können.**

Wer Jugoslawien nicht aus eigener Anschauung kennt, hat sicher bereits einiges von jugoslawischen Arbeitskollegen erfahren. Denn nicht anders als das kapitalistische Spanien, Italien oder die Türkei verschachert auch die titoistische Führung Jugoslawiens die Arbeiter ihres Landes an die Kapitalisten im Ausland, um sich so des Problems der Arbeitslosigkeit zu entledigen und zugleich noch ausländische Devisen zu ergattern. Kaum ein Großbetrieb in Westdeutschland, wo nicht auch jugoslawische Arbeiter arbeiten. Wenn man sie fragt, warum sie nicht in Jugoslawien, wo doch der Sozialismus sein soll, arbeiten und leben, winken viele resigniert ab und manche antworten: **„Was ist denn das für ein Sozialismus, wo es weder Arbeit noch Brot für uns Arbeiter gibt? "**

Was ist das für ein „besonderer Weg zum Sozialismus", der für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen Armut und Arbeitslosigkeit, aber für eine herrschende Schicht von Funktionären und Bürokraten des Staatsapparates Reichtum und Luxus bringt?

Der Weg Titos ist von vornherein der Weg der Abwendung von den Prinzipien des Marxismus-Leninismus gewesen, der in Wahrheit mit dem Sozialismus nichts gemeinsam hat. Ganz offen setzte Tito im Kampf gegen die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Grundlage des Sozialismus, sein revisionistisches Geschrei vom „demokratischen Sozialismus".

„Selbstbestimmung der Produzenten", „Arbeiterselbstverwaltung" lauteten die Schlagworte der revisionistischen Tito-Führung.
In der Theorie bedeutete das, daß die Arbeiter die Verwaltung ihres Betriebes selbst übernahmen: sie durften bestimmen, was der Betrieb produziert, wie teuer er es verkauft. Sie bekamen das Recht, in Konkurrenz zu anderen Betrieben zu treten, diese auszustechen, eigenständige Verträge mit dem Ausland zu schließen usw.
Statt daß ein Kapitalist den Profit einsteckt, sollte er unter den Arbeitern aufgeteilt werden – das nannte Tito „Sozialismus".

Im Grunde also nichts anderes, was auch die DGB-Führer in Westdeutschland propagieren: wenn ein Kapitalist Pleite macht, sollen die Arbeiter das Werk in eigener Regie, auf eigene Rechnung weiterführen.
Aber ist damit der Kapitalismus bereits beseitigt? Ist damit die Ausbeutung abgeschafft? Keineswegs! Ist die kapitalistische Konkurrenz damit abgeschafft? Ebenfalls nicht! Und auch die Anarchie der Produktion bleibt weiter bestehen. Mit einem Wort: **an den Grundlagen der kapitalistischen Krisenwirtschaft, die sich gegen die Werktätigen richtet, ändert sich gar nichts.**

In der Praxis aber sieht die „Arbeiterselbstverwaltung" so aus: Daß der Profit unter den Arbeitern verteilt wird – davon kann in Jugoslawien gewiß keine Rede sein. Direktoren und Manager verschafften sich als Spezialisten nicht nur immer höhere Gehälter (oft das zwanzigfache eines Arbeiterlohnes), sondern als neue Herren von Bürokratie- und Staatsapparat auch Rechte und Macht, um über die Arbeiterklasse zu herrschen – eine neue Schicht, die mit ihren Vorortvillen, Privatwagen und Reisen vom Schweiß und Blut der Arbeiter ein Luxusleben führt, die durch Bestechung, Unterschlagung und Betrug ihren Reichtum zusammenscheffelt, eine Schicht, die das Heft gegen die Arbeiterklasse in der Hand hat.

Das ist auch der Grund, warum bürgerliche Demagogen in Westdeutschland so sehr von dieser „Arbeiterselbstverwaltung" und vom „jugoslawischen Modell" schwärmen: weil dieser angebliche „Weg zum Sozialismus" in Wahrheit ein Weg der Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutung des Proletariats ist, den sie „demokratisch" nennen, weil er ihnen ihre Gewaltherrschaft über das Proletariat garantiert.

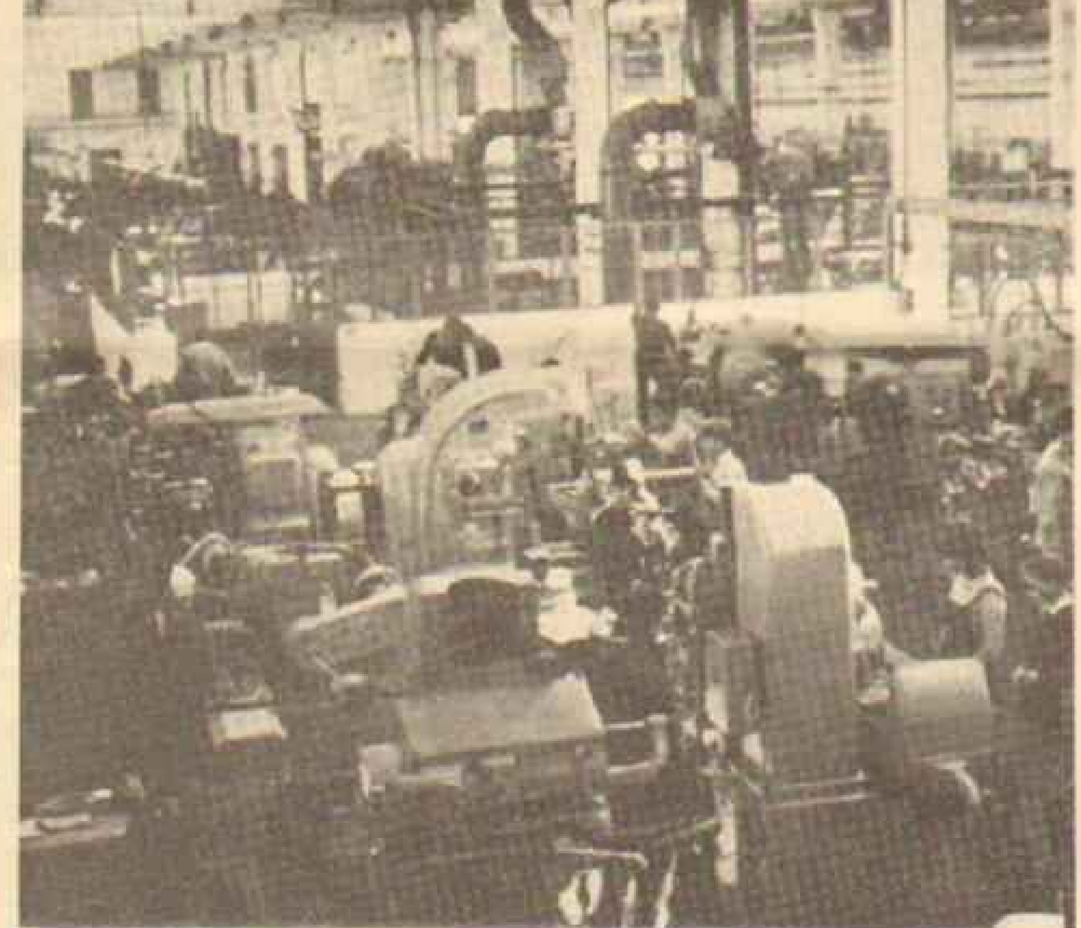
Lenin sagt, daß in der Übergangsperiode, wo die Frage „Wer gewinnt" gestellt wird, zwei Möglichkeiten existieren: entweder wird der Sozialismus oder der Kapitalismus gewinnen. Aber ein Mittelding kann es da nicht geben. Entweder sie – oder wir! Und es ist offensichtlich, wer unter der revisionistischen Führung Titos vorerst gewonnen hat. Mit ihrer revisionistischen Demagogie ist es der Tito-Clique gelungen, das jugoslawische Volk, das den Weg des wahrhaften Sozialismus gehen wollte, um die Erringung der Staatsmacht zu bringen und das Volk unter das Joch einer neuen Bourgeoisie zu zwingen. Doch damit nicht genug hat sie das Volk auch um seine Errungenschaften gebracht, die es im nationalen Befreiungskampf errungen hat, und das Land wieder in die Abhängigkeit ausländischer Monopole gebracht.

Der kapitalistische Weg der Tito-Führung hat die jugoslawische Wirtschaft zum völligen Bankrott geführt. Die Produktionsziffern stagnieren und sind teilweise rückläufig. Die jugoslawische Führung ist nicht nur gezwungen, ihre Arbeiter an die ausländischen Kapitalisten zu verschachern, sondern mehr noch seit Jahren auf ausländisches Kapital angewiesen. **War es zu Anfang so, daß vor allem US-Kredite in Milliarden-Beträgen in das Land flossen, so gibt es inzwischen kaum ein imperialistisches Land, das nicht als Gläubiger Jugoslawiens auftritt. Immer mehr auch investieren ausländische Kapitalisten in Jugoslawien in sogenannten „Kooperationsbetrieben", in denen Monopole, wie zum Beispiel VW in Sarajewo, gemeinsam mit der neuen Bourgeoisie in Jugoslawien die Arbeiterklasse ausbeuten und plündern.**

Doch der Bankrott des kapitalistischen Weges der Tito-Clique trifft nicht etwa die neue Bourgeoisie, sondern wird in Form von Steuererhöhungen, Inflation und Preistreiberei auf das Volk abgewälzt.

Je mehr Ausbeutung und Unterdrückung sich verschärft haben, je unglaubwürdiger die immer neuen Lügen und Propagandaversprechungen der Tito-Clique werden, desto mehr nimmt auch der Widerstand des Volkes gegen die neue Bourgeoisie zu. Wiederholt ist es in den letzten Jahren zu Streiks und Aufständen gekommen, in denen sich die jugoslawischen Arbeiter zur Wehr setzten.. Besonders in den südlichen Gebieten Mazedonien, Montenegro und Kossowa, wo zur Ausbeutung und Unterdrückung auch die nationale Unterdrückung der dort lebenden Albaner besonders schwer wiegt, hat es heftige Kämpfe gegeben. Die Albaner in diesen Gebieten kämpften darum, ihre Sprache sprechen zu dürfen, so daß die Tito-Führung gezwungen war nachzugeben. Der Widerstand der Bevölkerung dort ist so stark, daß jugoslawischen Staatsbeamten in diesem Gebiet „Risikozulagen" gezahlt werden.





Im benachbarten sozialistischen Albanien sind die Werktätigen die Herren des Landes (Bild rechts).

Der „jugoslawische Weg" bringt Elend und Not für die Werktätigen (Bild links)

Nur allzu deutlich haben die Albaner in Südjugoslawien vor Augen, wie einige Kilometer weiter in Albanien das Volk den Sozialismus aufbaut, wie dort die Arbeiterklasse an der Macht ist und Sieg um Sieg erringt. Wie dort die Produktion nicht rückläufig ist oder stagniert wie in Titos Jugoslawien, sondern sich ständig weiterentwickelt. Das dort die Werktätigen nicht in Arbeitslosigkeit und Armut leben, sondern jeder seine Arbeit hat und die Preise nicht steigen wie in Jugoslawien, sondern stetig gesenkt werden.

Denn in Albanien ist die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt, weil die kapitalistische Produktionsweise abgeschafft ist. Dort gibt es keine Anarchie der Produktion, weil das Proletariat mit seiner Partei- und Staatsführung gemäß den Interessen und Bedürfnissen des Volkes die Entwicklung der Produktion plant, bestimmt und kontrolliert. Das aber ist nur möglich, weil das Proletariat die Herrschaft ausübt und seine Diktatur über alle Reste der Bourgeoisie errichtet hat und weil die albanischen Kommunisten mit ihrem Führer Genossen Enver Hoxha am Marxismus-Leninismus festhalten im unermüdlichen Kampf gegen den Revisionismus. .

Das ist auch der Grund, warum bürgerliche Demagogen wie der SPD-Landesvorsitzende Steffen die Diktatur des Proletariats in Albanien mit allen Mitteln verteufeln – weil dort der Sozialismus tatsächlich aufgebaut wird.

Vom Aufbau des Sozialismus

ARBEITERVETERAN VERÖFFENTLICHT EIN BUCH

Vor kurzem wurde der Arbeiterveteran Hsu fu geehrt für die Veröffentlichung eines Buches über Schmiedetechnik. Grundlage für dieses Buch war die 69jährige Erfahrung, die Hsu fu bei seiner Arbeit als Schmied sammelte. Das Buch wird bei den Schmieden geschätzt. Auf einer Schiffswerft wird es sogar als Lehrbuch verwandt.

Hsu fu hat mit 13 Jahren begonnen, als Schmied zu arbeiten. 30 Jahre kämpfte und arbeitete er unter der Herrschaft der Imperialisten. 1950 wurde er in die Kommunistische Partei Chinas aufgenommen. Er beschäftigte sich intensiv mit der Technik des Schmiedens und wurde 1960 für seine außerordentlichen Beiträge zum Arbeiter-Ingenieur befördert. Bald lud ihn die Leitung der Industrie-Abteilung seiner Stadt ein, seine Fähigkeiten und sein Wissen als Lehrer anderen Schmieden zur Verfügung zu stellen.



Im Sozialismus lernt die Jugend von der Erfahrung des Alters

Vor der Befreiung konnte dieser Arbeiter nicht in die Schule gehen. Lesen und Schreiben, technisches Rechnen und Zeichnen lernte er erst nach der Befreiung in der Freizeitschule seiner Fabrik. Er hatte deshalb noch große Schwierigkeiten zu überwinden, als er sein Buch schrieb, aber er arbeitete hart, oft bis tief in die Nacht hinein. Die Leitung der Fabrik stellte ihn 1970 von der Arbeit frei, damit er sein Buch schreiben konnte und beauftragte einen Techniker, ihm bei den theoretischen Berechnungen zu helfen. Hsu fu besuchte eine Reihe von Fabriken und Forschungsinstituten, um die Meinungen der Arbeiter und Techniker einzuholen. "Das Buch fußt auf kollektiver Weisheit und Arbeit", sagt er heute.

Obwohl Hsu fu pensioniert ist, sieht man ihn noch oft in seiner Fabrik. Fragt man ihn nach dem Grund, so antwortet er: ' Ich möchte die Kraft, die mir noch geblieben ist, dem Sozialismus widmen.'

Große Erfolge bei der Versorgung der Haushalte mit Gas

Die Versorgung der chinesischen Bevölkerung mit Haushaltsgas hat seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution rapide zugenommen. Waren ein Jahr vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution 16 Städte mit Gas versorgt, so sind es heute 31. Der Gasverbrauch ist in dieser Zeit um das 2,5fache gestiegen.

In China war es üblich, Haushaltsgas durch Trockendestillation aus Kohle zu gewinnen. Das Anwachsen der petrochemischen- und metallurgischen Industrie hat neue Gasquellen eröffnet. Dazu gehören: Gas von den Ölfeldern, reines Naturgas, flüssiges Petrogas aus den Ölraffinerien, Koksgase usw.

Vor der Kulturrevolution verhinderte die revisionistische Linie von Liu Schao Schi, daß die Industrie ihre Rückstände vielseitig nutzte. Während der Kulturrevolution wiesen die Arbeiter diese revisionistische Linie zurück und entdeckten brennbare Gase für den städtischen Gebrauch, durch die vielseitige Verwendung der natürlichen Rohstoffe.

Das Pekinger Petro-chemische Werk versorgt mit seinem Nebenprodukt flüssiges Petro-gas 110 000 Haushalte und 900 Betriebsanlagen in Peking und Tientsin. In Nanking wurden allein in vier Monaten 51 Kilometer Pipeline gebaut, die täglich 300 000 Kubikmeter Koksgas an die Bewohner der Stadt leiten. Im Rahmen der gegenwärtigen Bewegung der Kritik an Lin Bioa und Konfuzius werden mit Sicherheit auch auf dem Gebeit der Gasversorgung der Bevölkerung neue große Erfolge errungen werden können.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Streik der Farah-Arbeiter in Texas: 22 Monate im Kampf ausgeharrt

"Nur über meine Leiche" – war der ständige Spruch von Willie Farah, Inhaber einer Textilfirma in Texas, wenn seine Arbeiter und Arbeiterinnen, ausschließlich Mexikaner, anständige Behandlung und einen Tarifvertrag verlangten. Nach einem Streik von 22 Monaten und tatkräftiger Unterstützung von mehr als 20 Solidaritätskomitees in ganz Amerika mußte die Geschäftsleitung von Farah nachgeben. Zum ersten Mal seit 50 Jahren wurde für die Arbeiter von Farah ein Tarifvertrag mit der Textilgewerkschaft abgeschlossen.

Die Arbeiter von Farah waren am 9. Mai 1972 in den Streik getreten, als in einer Firma von Farah 6 Arbeiter entlassen wurden. Der Streik weitete sich schnell auf die anderen Firmen von Farah aus. Die Arbeiter erklärten in einem Flugblatt ihre Forderungen: **"Wir wollten wie Menschen behandelt werden. Wir traten in den Streik, um die Erniedrigung und die ungleiche Bezahlung zu beseitigen. Wir traten in den Streik gegen den Rassismus und die Günstlingswirtschaft in dieser Firma."**

Die Arbeiter beschränkten sich nicht auf den Kampf gegen Willie Farah, einen Kapitalisten. Sie unterstützten andere Streiks und reihten sich ein in die Chicago-Bewegung, die Bewegung gegen die Unterdrückung der amerikanischen Mexikaner. Sie demonstrierten am 16. September, dem Unabhängigkeitstag Mexikos, sie demonstrierten zusammen mit anderen amerikanischen Mexikanern als am 17.3. ein Mitglied der Chicago-Bewegung von der Polizei erschossen wurde. Der Kampf der Farah-Arbeiter wurde bald zu einer Angelegenheit der ganzen amerikanischen Arbeiterklasse.

Während der kapitalistische Staatsapparat seine Polizei und seine Klassengerichte gegen die Farah-Arbeiter einsetzte, wuchs im Land die Solidarität mit den Farah-Arbeitern. Überall organisierten die Solidaritätskomitees den Boykott von Farah-Waren und andere Formen der Unterstützung.

Die Farah-Arbeiter lernten in diesem Kampf. Ein Arbeiter sagte: 'Als wir den Streik begannen, dachten wir, unser einziger Feind sei Willie Farah. Aber wir merkten bald, daß es genauso die Presse, die Polizei, die Geschäftsleute, der ganze Staat ist.'

Angesichts der breiten Bewegung sah sich die Textilarbeitergewerkschaft gezwungen, den Streik zu unterstützen. Aber sie hatte kein anderes Ziel, als den Kampf der Farah-Arbeiter für gewerkschaftliche Rechte zu mißbrauchen, um sie



„Unterstützt die Streikenden von Farah." Demonstration in Los Angeles.

an die neue Kette des gewerkschaftlichen Apparats im Dienste des Kapitals zu legen. So versuchten sie schon während des Kampfes den Arbeitern einzureden, es gehe allein um ökonomische Forderungen. Als schließlich nach 22 Monaten Kampf Willie Farah einen Vertrag unterzeichnete, in dem er den Arbeitern eine Lohnerhöhung zusagte und die Wiedereinstellung aller Arbeiter, zeigte sich das Ausmaß des Verrats. Denn die Farah-Kapitalisten dachten nicht daran, ihre Versprechen auch alle in die Tat umzusetzen. Die Arbeiter mußten weiterkämpfen. Jetzt aber verweigerte die Gewerkschaftsführung jede Unterstützung. Aber auch sie mußte erleben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen in den fast zwei Jahren Kampf gelernt hatten. Sie zogen gegen diesen, noch neuen Feind, ins Feld. 300 Farah-Arbeiter demonstrierten zum Büro der Gewerkschaft.

Der Streik der Farah-Arbeiter ist ein glänzendes Beispiel für den Kampf der unterdrückten nationalen Minderheiten in den USA. Dieser Kampf hat in den letzten Jahren in dem Maße zugenommen, wie die Angehörigen der unterdrückten Minderheiten in die großen Städte und Betriebe strömten.

Gleichzeitig erhielten diese Ärmsten der Armen in Amerika neuen Mut zum Kampf durch den weltweiten Aufschwung der Kämpfe der Völker der Dritten Welt in Asien, Afrika und Lateinamerika. So demonstrierten am 26. Mai 1973 tausende von schwarzen Arbeitern und anderen Werktätigen in mehr als 30 Städten der USA für die Forderung der afrikanischen Völker nach nationaler Unabhängigkeit. Während des Oktoberkrieges im letzten Jahr nahmen tausende von Angehörigen der unterdrückten nationalen Minderheiten teil am Kampf gegen die israelischen Aggressoren und den US-Imperialismus. Im Kampf gegen das rassistische Regime in Südafrika und in Rhodesien gab es Boykottstreiks. Diese Boykottbewegung wächst weiter an. Zusammen mit den 9 Millionen schwarzen Arbeitern haben sich auch die amerikanischen Mexikaner erhoben. Während der Streik der Farah-Arbeiter noch andauerte, traten am 11.3.73 Landarbeiter in Kalifornien in den Streik. Zwei von ihnen wurden bisher erschossen. Über tausend verhaftet. Aber der Streik dauert bis heute an. In diesem Kampf wächst auch die Einheit zwischen den weissen amerikanischen Arbeitern und ihren farbigen Klassenbrüdern gegen den gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus. So kämpften im letzten September schwarze und weiße Baumwollarbeiter gemeinsam unter einer Streikleitung aus weißen und schwarzen Arbeitern zwei Monate lang. Und das in Alabama, einer Region, die für die Bourgeoisie bisher eine Hochburg des Rassismus war.

Diese neue Kraft im Kampf des amerikanischen Proletariats, die wachsende Einheit von weißen und farbigen Arbeitern zeigt, daß der US-Imperialismus nicht nur im Weltmaßstab in immer größere Isolierung gerät, sondern daß sich auch in den USA selbst die Kampffront zu seinem endgültigen Sturz zusammenschließt.

Aus aller Welt

Italien:

Rund eine Million Arbeiter und Angestellte des italienischen Verkehrs- und Transportwesens traten am 7. Juni in einen vierstündigen Streik. Sie forderten die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen.

Tunesien:

Der tunesische Gerichtshof für Staatssicherheit verurteilte nach mehreren Sitzungen am 6. Mai den sowjetischen Spion Kosamkow in Abwesenheit zu lebenslänglich Zuchthaus.

Der Spion hatte sich im November 1970 als „Korrespondent" eingeschlichen und durch Kontakte Informationen über die inländische und internationale Politik sowie Dokumente verschafft. Kosamkow war daraufhin im September letzten Jahres ausgewiesen worden. Mit ihm wurden zwei weitere sowjetische Agenten ausgewiesen, die als „Diplomaten" getarnt sich Geheimmaterial tunesischer Botschaften im Ausland sowie Tabellen und Daten über die militärische und wirtschaftliche Situation Tunesiens verschafft hatten.

Kambodscha:

In Phnom Penh kämpfen Schüler und Studenten für die Freilassung von fünf Schülern und Lehrern, die wegen angeblich subversiver Tätigkeit von der faschistischen Lon-Nol-Bande vor Gericht gestellt werden sollen. Im Verlauf der Kampagne für die Freilassung der fünf hatten Schüler und Studenten den Erziehungsminister und seinen Stellvertreter gefangen genommen. Militärpolizei stürmte daraufhin das Schulgebäude und eröffnete eine wilde Schießerei, bei der der Minister und sein Stellvertreter tödlich getroffen wurden, aber auch zwei Studenten von der Militärpolizei erschossen wurden. Die Schüler und Studenten führen ihre Kampagne zur Freilassung der fünf politischen Gefangenen verstärkt fort.

Die wachsende Furcht des Lon-Nol-Regimes vor den kämpfenden Volksmassen in Phnom Penh zeigt sich darin, daß die Ausgangssperre von 22 Uhr auf 18.30 Uhr vorverlegt worden ist.

Irischer Patriot bei Hungerstreik ermordet!

Der irische Patriot Michael Gaughan ist in einem britischen Gefängnis von den britischen Imperialisten ermordet worden! Michael war in den Hungerstreik getreten, um für seine Überführung nach Irland zu kämpfen. Gegen seinen Willen wurde er zwangsernährt. Nachrichtenagenturen berichten, daß ihm bei der gewaltsamen Nahrungszufuhr die Luftröhre durchstoßen worden ist, eine folgende Entzündung zum Tode führte.

Auch die beiden irischen Freiheitskämpferinnen Marion und Dolours Price, die ebenfalls für ihre Überführung nach Irland mit dem Hungerstreik kämpfen, sind vom Tod bedroht.

Die Empörung unter der Bevölkerung in Nordirland und in England über den Mord der britischen Imperialisten ist groß. In London und anderen Städten fanden Protestkundgebungen statt.

Seit mehreren Monaten kämpfen die beiden irischen Freiheitskämpferinnen Dolours und Marion Price mit dem Mittel des Hungerstreiks für ihre Überführung aus dem Londoner Gefängnis nach Nordirland. Beide sind von dem britischen Krongericht in Winchester zu lebenslänglich Gefängnis verurteilt worden, weil sie militant für die Freiheit des nordirischen Volkes kämpften. Sie hatten vor dem britischen Kriminalgericht Old Bailey eine Autobombe zur Explosion gebracht.

Der Gesundheitszustand der beiden Schwestern hat sich inzwischen so verschlimmert, daß ein Besucher ihren baldigen Tod prophezeite. Sogar die Ärzte, die im Auftrag der britischen Imperialisten die beiden Schwestern gewaltsam ernährten, haben dies jetzt abgelehnt, und bezeichneten die Methoden als „inhuman" und „abscheulich". Trotzdem aber weigert sich die britische Regierung nach wie vor, die beiden nach Irland zu überführen.

Doch die beiden Freiheitskämpferinnen werden ihren Kampf nicht aufgeben. In einem Brief an ihre Mutter schrieb Marion Price: **„An jedem Tag, der verstreicht, werden wir ein bißchen schwächer. Aber wenn auch unser Körper dahinschwindet, unser fester Sinn wird es nicht."**

In London und in anderen Städten fanden Protestdemonstrationen und Kundgebungen statt, auf denen die sofortige Überführung der beiden Kämpferinnen nach Nordirland und der sofortige Abzug der britischen Besatzertruppen aus Nordirland gefordert wurde. Die IRA hat bereits die britischen Imperialisten gewarnt, daß der Tod der beiden mutigen Kämpferinnen verheerende Konsequenzen für die britischen Imperialisten haben werde.

In Nordirland selbst versuchen die britischen Besatzer mit verstärkten Gewalt- und Terrormaßnahmen gegen den Widerstandskampf der Bevölkerung wieder Herr der Lage zu werden. In ganz Nordirland ist der Ausnahmezustand verhängt worden. Panzer, Panzerwagen und Soldaten beherrschen das Straßenbild in den Städten. Weitere britische Truppen sind zu den bisherigen 20.000 Mann zur Unterstützung eingeflogen worden.

Doch diese Maßnahmen können den Kampfesmut des nordirischen Volkes, das jahrhundertelang um Freiheit und Unabhängigkeit gegen die englischen Kolonialisten gekämpft hat, nicht einschüchtern. **Ständige Aktionen der nordirischen Patrioten zeigen den britischen Imperialisten, daß der Kampf des nordirischen Volkes gegen die Besatzung immer stärker wird. So ist den nordirischen Patrioten eine kühne Aktion in der Höhle der Besatzer in Lisbern gelungen,** wo die Stabsbüros der englischen Kolonialarmee stehen. **Bei dieser Aktion wurden mehrere Gebäude der Besatzer beschädigt und englische Soldaten verwundet.** Täglich kommt es in den Städten Belfast, Londonderry und anderswo zu Zusammenstößen der patriotischen Kräfte mit den Besatzern des Landes.

In einem kürzlich veröffentlichten Kommunique bekräftigen die Patrioten erneut, daß der Kampf mit der Waffe in der Hand bis zum endgültigen Sieg fortgesetzt werden und jede Idee für einen Kompromiß mit den englischen Besatzern abgelehnt werden muß.

RACHE FÜR MICHAEL GAUGHAN!

SOFORTIGE ÜBERFÜHRUNG DER BEIDEN NORDIRISCHEN PATRIOTINNEN MARION UND DOLOURS PRICE NACH NORDIRLAND!

BRITISCHE IMPERIALISTEN RAUS AUS NORDIRLAND!

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30 Immer: 43,7 42,5
21.00 - 22.00 und 26,2 Meter

Mannesmann Duisburg

Brutaler Polizeieinsatz bei Arbeitsgerichtsprozess

Am 5. Juni fand in Duisburg der Arbeitsgerichtsprozeß um die Entlassung des Genossen Hanfried Brenner bei Mannesmann statt. Genosse Hanfried Brenner war rausgeschmissen worden, weil er entschlossen an der Seite der Kollegen kämpfte und ihnen konsequent im Kampf gegen den Verrat der modernen Revisionisten den revolutionären Ausweg wies, die proletarische Revolution. Auf heimtückische Weise hatte die Betriebsleitung dem Genossen unter Vorwänden eine Unterschrift unter eine Erklärung abverlangt, die verklausuliert besagt, daß er nichts gegen die Entlassung unternimmt.

Zu Beginn des Prozesses stellte Genosse Hanfried klar, warum die Erklärung, die er unterschrieben hat, von ihm angefochten wird. Mehrere Beweisanträge wurden von ihm vorgebracht, aus denen eindeutig hervorgeht, daß er zu keinem Zeitpunkt mit seiner Kündigung einverstanden war. In seiner Rede entlarvte er auch, auf welcher Seite der Barrikade die Arbeitsgerichte stehen. **Er ging dabei auch auf den Arbeitsgerichtsprozeß der 22 Mannesmann-Kollegen nach dem letzten Streik ein, unter denen die Revisionisten der D„K"P Illusionen über die „Neutralität" des Arbeitsgerichtes verbreitet und damit die Kollegen vom konsequenten Kampf gegen die politischen Entlassungen abgehalten haben.**

Das Gericht zog sich „zur Beratung" zurück. Genosse Hanfried nutzte die Pause, um vor dem voll besetzten Saal einen Artikel aus dem Roten Morgen vorzulesen, in dem das gemeinsame Vorgehen von D„K"P-Revisionisten und Polizei in Bonn gegen Genossen unserer Partei angeprangert wird. D„K"P-Mitglieder, die ebenfalls im Saal saßen, wagten angesichts dieser Enthüllungen keinen Mucks. Auch das wieder einziehende Gericht muß sich den Artikel bis zu Ende anhören.

Während das Gericht anschließend verkündet, daß die Anfechtung des Genossen Hanfried abgelehnt wird, beginnen die Genossen im Saal die Internationale zu singen. **Die Revisionisten zeigen dabei offen, wie sie zur Sache des Proletariats stehen: kichernd hocken sie in einer Ecke mit dem Betriebsrat der arbeiterfeindlichen Knapp-Clique zusammen.**

Als dann Genosse Hanfried entschlossen das Fenster des Gerichtssaals zur Hauptgeschäftsstraße öffnet und eine Rede an die Passanten auf der Straße beginnt, in der er gegen die politischen Entlassungen spricht und den gewaltsamen Sturz der kapitalistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsordnung propagiert, springen zivile Polizeibeamte, die bis dahin ruhig im Saal gesessen hatten, auf, begannen gemeinsam mit den Gerichtsdienern ohne Vorwarnung eine üble Schlägerei gegen die Genossen im Saal. Sie blockierten die Eingänge und prügelten wie wild drauf los.

Ein Genosse, der sich besonders wehrte, wird von ihnen zu dritt auf den Boden gepreßt, minutenlang schlagen sie auf ihn ein. Eine Genossin wird gefährlich am Hals gewürgt, ins Klo gezerrt und eingesperrt, doch wieder von Genossen befreit. **Ein 50-jähriger Mann, der mit seinem Sohn zum Prozeß gekommen war, wird ebenfalls von den Polizeischlägern gepackt, in die Stuhlreihen gestürzt, verprügelt, aus dem Saal gezerrt und die Treppe hinuntergestoßen, wobei er mehrmals mit dem Kopf auf den Boden schlägt und schließlich ohnmächtig liegenbleibt.** Zivilpolizei und Gerichtsdiener sind in der Überzahl, uniformierter Polizei, die hinzukommt, gelingt es, die Genossen in Handschellen und Knebelketten zu legen. Sie werden wie Verbrecher abgeführt.

Auf der Straße hatten sich, als Genosse Hanfried vom Fenster aus zu reden begann, zwischen hundert und dreihundert Menschen gesammelt, die die Schreie aus dem Gerichtssaal gehört hatten und zutiefst entsetzt und empört das Vorgehen der Polizei verfolgten.

Die Festgenommenen wurden in Polizeiwagen zur Wache gebracht. **Der verletzte ältere Kollege wurde im Polizeiwagen einfach auf den Boden geworfen, wo er vor Schmerzen immer wieder aufstöhnte. Sein Sohn, der dabei saß, weinte, weil er fürchtete, sein Vater, der die Bluterkrankheit hat, stirbt. „Holt doch einen Arzt! Mein Vater, der stirbt!" Aber die Polizeischläger scherte das nicht im Geringsten: „Was geht er auch in das Gericht", höhnte der eine. Ein anderer lachte: „Märchenstunde ist morgen."** Auf der Wache angekommen, packten sie den Vater, der vor Schmerzen schrie, auf eine nackte Holzpritsche – in eine Ausnüchterungszelle mit gepolsterten Türen, damit man ihn nicht hören konnte.

Zu einem anderen Genossen, den sie in Handschellen vom Polizeiwagen ins Präsidium schleppten, riefen sie, er brauche noch eine Abreibung und schlugen von mehreren Seiten auf ihn ein. Auf der Wache wurden alle, bis auf den Rechtsbeistand des Genossen Hanfried, erkennungsdienstlich behandelt. Einer Genossin, die sich wehrte, drohten sie, sie würden ihr alle Finger brechen, ein anderer Genosse wurde währenddessen wiederum geschlagen. Und bevor sie schließlich entlassen wurden, wurde einem Genossen noch angekündigt, es würde jetzt Anzeigen hageln: Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung, Landfriedensbruch, Hausfriedensbruch, Körperverletzung usw. und eine Beleidigungsanzeige gegen eine Genossin, weil sie einen der Polizeischläger „Schwein" genannt hat!



Schon vor Prozeßbeginn hatten die Genossen in Duisburg in der Hauptgeschäftsstraße vor dem Arbeitsgericht Transparente aufgespannt und über die politische Entlassung des Genossen Hanfried Brenner berichtet.

Die Genossen in Duisburg haben dem Arbeitsgericht die Maske der Neutralität vom Gesicht gerissen. Der Verlauf des Prozesses bestätigte selbst, was Genosse Hanfried Brenner in seiner Erklärung vor Gericht gesagt hatte: Wirkliche Kommunisten, Marxisten-Leninisten müssen im Kampf gegen die politischen Entlassungen gerade auch die Zusammenarbeit von Kapital, Gewerkschaftsführung, Arbeitsgerichten und kapitalistischem Staatsapparat entlarven und mit den Kollegen den gemeinsamen Kampf gegen sie führen. Nicht das Vertrauen der Revisionisten in die Büttel des Kapitals, sondern allein der revolutionäre Klassenkampf wird die Arbeiterklasse auf dem Weg zu ihrer Befreiung voranbringen.

Hamburg:

Mit erhobener Faust in den Betrieb zurück

Aufgrund einer einstweiligen Verfügung mußten am 6. Juni der Genosse Wolfgang M., Jugendvertreter bei HDW, und die Genossin Inge Humburg bei Beiersdorf wieder in ihren Betrieb gelassen werden. Das war ein guter Erfolg der Hamburger Parteigenossen und aller Kollegen, die gegen die politische Entlassung der beiden gekämpft haben.

Genosse Wolfgang marschierte am nächsten Tag mit erhobener Faust durchs Betriebstor bei HDW, herzlich begrüßt von seinen Kollegen. Doch daß der Kampf weitergehen muß, zeigte gleich die neue Schikane der HDW-Bosse, die verhindern wollen, daß sich die Lehrlinge noch fester mit ihrem Jugendvertreter zusammenschließen: Wolfgang wurde in eine überbetriebliche Lehrwerkstatt versetzt, wo er von seinen bisherigen Kollegen isoliert ist. Aber sowohl Wolfgang als auch seine Kollegen werden das nicht hinnehmen.

Auch bei der Genossin Inge Humburg mußte das Landesarbeitsgericht unter dem Druck der kämpferischen Solidarität mit Inge eine einstweilige Verfügung gegen die Beiersdorf AG aussprechen. Zuvor hatten Beiersdorf-Vertreter und Richter gemeinsam versucht, Inge zu bestechen: für „eine vierstellige Summe" sollte Inge kapitulieren und auf Wiedereinstellung verzichten. Beiersdorf-Bosse und ihre Justizbüttel werden sich merken müssen: Kommunisten, die entschieden an der Seite der Arbeiterklasse den Kampf um die Tagesinteressen und den Kampf um den Sozialismus führen, sind nicht bestechlich!

Wie ein Lauffeuer ging am nächsten Morgen die Nachricht vom Erfolg durch den Betrieb. Den Genossen am Tor wurde die Extraausgabe der KPD/ML-Betriebszeitung „Roter Beiersdorfer" nur so aus den Händen gerissen. So groß die Freude bei den Kollegen über den Erfolg war, so groß war aber auch die Empörung über den Bestechungsversuch.

Zwei Tage später wurde Inge daraufhin erneut entlassen, fristlos – und diesmal mit dem Einverständnis reaktionärer Betriebsratsbonzen wie Max Ganschow und Olaf Harder. Zugleich läuft gegen Inge ein Ausschlußverfahren der Gewerkschaft, weil „Sie in erschreckendem Umfang im Verbund mit Ihren politischen Freunden" die reaktionäre Gewerkschaftsführung entlarvt und bekämpft hat.

War der Kampf also vergeblich? Kaum ein Kollege ist dieser Ansicht. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß, wenn man sich zusammenschließt und entschlossen kämpft, Erfolge erzielen kann. Jetzt gilt es die Reihen zu stärken und noch fester zusammenzuschweißen, für weitere Erfolge im Kampf gegen die politischen Entlassungen und für den entscheidenden Erfolg, die proletarische Revolution.

Frankfurt:

Gespräch mit Thomas Hytreks Vater

Noch immer ringt der 17jährige Thomas Hytrek in einer Frankfurter Klinik mit dem Tode. Mit hoher Geschwindigkeit war bei einer Demonstration gegen die Fahrpreiserhöhungen ein Wasserwerfer in eine Demonstranten- und Passantenmenge gerast. Thomas Hytrek war kein Demonstrant, er wollte die Aktion fotografieren und wurde zum Opfer des Polizeiterrors. Genossen der KPD/ML sprachen mit seinem Vater.

Die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen gegen "Unbekannt" eingeleitet. Gerd Hytrek, 63 Jahre, angestellter Kaufmann und Vater von 3 Kindern, kann das nicht verstehen. **Ist der Fahrer des Wasserwerfers nicht bekannt? Ist vielleicht unbekannt, wer den Befehl zu diesem Polizeieinsatz gegeben hat und wer den Einsatz leitete?**

Gerd Hytrek hat diesen Staat bislang sicher nicht direkt gehaßt. Er ist kein Arbeiter, er ist nicht arm, sondern steht sich finanziell nicht so schlecht. Die Notwendigkeit der proletarischen Revolution spürt er noch nicht. Er tritt für Gewaltlosigkeit ein, möchte Auswüchse des Kapitalismus abgeschafft wissen. Politisch aktiv war er bislang nicht. Politisch aktiv war auch sein Sohn nicht, der jetzt mit zertrümmerter Schädeldekke und Gehirnquetschungen im Krankenhaus liegt und den seine Eltern bislang nicht einmal besuchen durften.

Die Polizei dieses Staates hat versucht, seinen Sohn zu ermorden, und Herr Hytrek versucht, sich zu wehren, irgendwie "Recht" zu bekommen. Der Polizeipräsident log und behauptete, die Verletzungen seien nicht schlimm. Herr Hytrek sagt: "Nachdem die Aussagen so widersprüchlich wurden, wurde es mir zu bunt." Er beauftragte einen Rechtsanwalt, damit sein Sohn wenigstens Schadenersatz bekommt. Wenn Thomas überleben sollte, dann ist es mehr als fraglich, ob er jemals für sich sorgen oder gar seinen Lebensunterhalt verdienen kann.

Thomas hat die Polizeiaktion und auch den Wasserwerfer, der ihn überfahren hat, fotografiert. Die Polizei hat Kamera und Filme beschlagnahmt. Die entscheidenden Bilder sollten aus dem Film herausgeschnitten werden. Nur durch das Eingreifen des Rechtsanwaltes konnte die Vernichtung der wichtigen Beweismittel verhindert werden.

"Es gibt Zeugenaussagen", berichtet Herr Hytrek, **"daß die Polizei auf meinen Sohn noch eingeschlagen hat, nachdem er bereits niedergefahren war."** Er hat den behandelnden Professor gefragt, ob man das anhand der Verletzungen feststellen könne, aber: "Der wollte sich nicht festlegen." Herr Hytrek berichtet das alles. Das Schicksal seines Sohnes hat ihn aufgewühlt. Zu allererst natürlich menschlich, als Vater, aber auch politisch: Er wird den Parolen der bürgerlichen Propaganda von der Polizei, die "Dein Freund und Helfer ist" und die "den freiheitlichen Rechtsstaat schützt" keinen Glauben mehr schenken.

Er bestreitet energisch die Behauptungen der Polizei, Thomas sei in den Wasserwerfer gelaufen. Er sagt: "Man braucht sich nicht zu wundern, daß das passiert ist; denn: Die Polizei war übernervös, schließlich bekam sie 2 Tage nichts zu essen, die Polizei sagte mir, daß die Verpflegung nicht geklappt hätte." "Nicht geklappt" hat die Verpflegung der Polizei auch bei den Mieterkämpfen in Frankfurt. **So steigert der imperialistische Staat die Aggressivität seiner Söldnertruppen, macht er sie scharf.**

Die Eltern von Thomas Hytrek haben in diesen Tagen breite Anteilnahme erfahren. Viele Menschen meldeten sich bei ihnen als Zeugen. Die Schulkameraden wollten an ihrer Schule eine Protestversammlung organisieren. Herr und Frau Hytrek stehen mit ihrer Trauer und ihrer Empörung nicht allein. **Sie stehen nicht allein, weil viele Menschen erkannt haben, daß Thomas Hytrek keinem "unglückseligen Zufall" zum Opfer gefallen ist, daß der Terror, mit dem der imperialistische Staat die Kämpfe des Volkes niederzuschlagen versucht, vor dem Leben eines Menschen nicht Halt macht, sondern kalkuliert über Leichen geht.**

'K'BW und GRF:

Bedenken gegen revolutionären Klassenkampf

Am 8. 6. Samstagvormittags auf der Frankfurter Zeil: ein Propagandatrupp der Partei führt eine Kundgebung durch. 50-80 Passanten sammeln sich um den Redner der Partei, der – an die Frankfurter Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhung anknüpfend – den Polizeiterror geißelt und die Verbindung zwischen den Polizeieinsätzen und der allgemeinen Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates erklärt. Als der Genosse aufzeigen will, wie im Kampf gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse geschmiedet wird, tauchen drei Polizisten auf und versuchen den Genossen festzunehmen.

Den Polizisten schlägt die in den vergangenen Tagen aufgestaute Empörung der Bevölkerung entgegen: „Das ist also unsere Demokratie, so sieht das aus!" Eine Frau schreit die Polizisten an: „Terroristen, Terroristen!" Als es den Polizisten gelingt, einen Genossen zu fassen, werden sie von einem Passanten angegriffen, so daß der Genosse freikommt. **Kein Genosse kann festgenommen werden.** Im Anschluß an diesen Vorfall flanieren 5-6 Zehnertrupps Polizei über die Zeil.

Wie hier hat unsere Partei während der ganzen Kämpfe als einzige Organisation anhand der Ereignisse das Wesen des imperialistischen Staatsapparates und die Notwendigkeit der proletarischen Revolution erklärt. „K"BW, GRF und sonstige opportunistische Zirkel überschlugen sich geradezu in der Aufstellung sogenannter „demokratischer" Forderungen: der Magistrat muß weg, der Polizeipräsident muß weg usw. Als ob ein anderer Magistrat, ein anderer Polizeipräsident irgendetwas ändern würde.

Diese sogenannten „demokratischen" Forderungen hatten nur einen Zweck: die Kämpfenden, die der reaktionären Gewalt des imperialistischen Staatsapparates die revolutionäre Gewalt entgegensetzten, in den Sumpf des Reformismus zu zerren. Offen rief die GRF in einem Flugblatt auf, die Kampfaktionen abzubrechen: "Was aber nicht passieren darf, ist, daß die Aktionen auf der Zeil bedenkenlos fortgesetzt werden..."

Und auch der „K"BW verteilte ein Flugblatt, das zur Beendigung der Kampfaktionen aufrief. Nachdem zunächst dargestellt wird, daß es das Ziel der Kämpfe gewesen sei, die Tariferhöhungen zu Fall zu bringen, daß der Magistrat aber die Tariferhöhungen durchsetzen und der „Volksbewegung das Kreuz brechen" wollte, fährt der „K"BW fort: „Offenbar ist die Situation so, daß beide Seiten ihr Ziel nicht erreicht haben und beide nicht so weiter können wie bisher." Und der „K"BW empfiehlt: „Es ist nötig, in den Betrieben und Stadtteilen den Meinungskampf zu entfalten."

Der „K"BW meint also, die Kämpfe, die GRF so „bedenklich" findet, seien „unentschieden" ausgegangen. Den kämpfenden Massen, die die revolutionäre Gewalt ergreifen, ruft er zu: „So geht es nicht weiter! **Offenbar ist die Situation so, daß die Massen zum Sozialismus drängen und die GRF- und „K"BW-Führer zu Revisionismus. Zu versuchen, die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten, sie in die Resignation zu treiben – das ist der Weg des revisionistischen Verrats.**

Werksschutzprozeß in München:

Nach den BMW-Kapitalisten darf der Zeuge nicht gefragt werden

Der Werkschutz von BMW ist berüchtigt. Als 1972 italienische Arbeiter in den Streik treten, geht eine Einheit des Werkschutzes gegen die Arbeiter vor. Einige werden verletzt. Bei einer Werksbesichtigung läßt Schmitz, Mitglied des Werkschutzes, ehemalige Arbeiter von BMW festnehmen.

Im Dezember '72 liest er im „Roten Anlasser": „Schon um fünf Uhr früh ist der Ober-SSler und Werkschützler Schmitz vor dem Tor und schnüffelt." Er holt die Polizei, erstattet Anzeige. Drei Verteiler werden festgenommen, einer von ihnen in Handschellen weggebracht. Einige Zeit später erhalten zwei Genossen Strafbefehle über 400 DM, einer, Genosse Uli Enzensberger, über drei Monate Gefängnis ohne Bewährung.

Kein Zweifel, BMW-Kapitalisten und kapitalistischer Justizapparat haben Angst, daß das Licht der Öffentlichkeit auf den Werkschutz, diese Privatarmee der Kapitalisten, fällt. Als die Genossen einen Prozeß erzwingen, soll ein vorher sorgfältig geplantes Spiel mit verteilten Rollen zwischen Richter, Staatsanwalt, Polizeizeugen und dem Zeugen Schmitz die Geschichte vom Werkschutz als harmlosem Pförtnerverein glaubhaft machen. Nach vier Verhandlungstagen allerdings haben sich die Mitspieler heillos in ihrem Lügengestrüpp verfangen.

Die einzigen, die Recht behalten haben, sind die angeklagten Genossen: Der Werkschutz ist eine militärische Schutztruppe der Kapitalisten, der Werkschutz arbeitet in ihrem Auftrag mit den staatlichen Gewaltorganen, der Polizei und der bürgerlichen Klassenjustiz zusammen – diese Tatsachen liegen jetzt klar auf dem Tisch.

Und weil der Richter diese Tatsachen nicht entkräften kann, antwortet er mit einem Urteil, daß denen, die die Wahrheit sagen, den Kommunisten, den Mund verschließen soll: 3 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Genossen Uli, 400 DM für einen anderen Verteiler, Freispruch für den presserechtlich Verantwortlichen des Flugblatts, weil er ihm nicht nachweisen kann, daß er vom Inhalt des Flugblatts gewußt hat (was nach dem bayrischen Presserecht für eine Verurteilung des presserechtlich Verantwortlichen notwendig ist – RM).

Am 6. 6. 74 begann nun die Berufung in diesem Prozeß. Bald zwei Jahre sind seit dem Anlaß für den Prozeß vergangen. Zwei Jahre, in denen der Klassenkampf sich erheblich verschärft hat, in denen das „Gespenst des Kommunismus" für die Bourgeoisie bedrohlichere Formen angenommen hat. Diese zunehmende Angst der Bourgeoisie vor dem Kommunismus, vor der KPD/ML, zeigt sich von der ersten Verhandlungsminute an.

Die Genossen beantragen, das im Gerichtssaal hängende Kruzifix abzunehmen. Der Antrag wird abgelehnt. Als Genosse Werner L., Sympathisant der KPD/ML, trotz Warnung des Richters weiter von dem „Dings da" spricht, wird er zu 200 DM Ordnungsstrafe verurteilt.

Die Genossen bekommen rote Nelken geschenkt. Diese Beweise einer proletarischen Gesinnung will der Richter nicht im Saal dulden, befiehlt ihre Entfernung. Womit er allerdings nur erreicht, daß Angeklagte wie Zuschauer sich die roten Nelken ins Knopfloch stecken.

Die Genossen stellen Antrag, den Richter wegen „Befangenheit" abzulehnen. Der Antrag wird abgelehnt. Das Kapital braucht Richter, die Klassenrecht sprechen – das steht unausgesprochen dahinter. Kurz darauf droht der Richter den Zuschauern und begründet das mit einer geschwollenen „Erklärung". „So ein Quatsch..." ruft Genosse Werner. – Und bekommt dafür 3 Tage Ordnungsstrafe, die sofort vollstreckt werden. Genosse Uli wird eine Ordnungsstrafe angedroht, weil er einen arbeiterfeindlichen Betriebsrat von BMW „Bonze" nennt. Später muß dann jede Frage, die die Genossen an die Zeugen richten, einzeln vom Richter genehmigt werden. Frage an den Werkschützler Schmitz: „Arbeitet der BMW-Werkschutz im Auftrag der BMW-Kapitalisten?" Die Frage wird als unzulässig abgelehnt. Der Richter: „Die Frage ist provokativ. Von dem Zeugen wird verlangt, eine arbeitnehmerentwürdigende Antwort zu geben."

Kaum machen die Genossen den Mund auf, fährt ihnen der Richter dazwischen: „Das sind ungeheuerliche Verleumdungen der deutschen Justiz!" Oder: „Verfassungsfeindliche Äußerungen kann ich hier nicht dulden!"

Bei der Vernehmung eines Polizeizeugen stellt sich plötzlich heraus, daß Verteidigung, Richter und Staatsanwalt verschiedene Akten haben. Die einzigen vollständigen Akten hat der Staatsanwalt...

Am dritten Verhandlungstag schließlich werden sogenannte Beiakten in den Prozeß eingeführt: ein amnestiertes Verfahren gegen den Genossen Uli aus dem Jahre 1967 (!) und sämtliche Ermittlungsverfahren gegen den Genossen Werner, der eine Zeit lang der presserechtlich Verantwortliche für Flugblätter der KPD/ML in Bayern war.

Die Katze ist aus dem Sack: aus einem Prozeß gegen drei Genossen, gegen eine Betriebszeitung der KPD/ML, soll jetzt ein Prozeß gegen die kommunistische Agitation und Propaganda der KPD/ML überhaupt werden. Aber mit dieser „Vorwärtsverteidigung" werden die Chancen der bürgerlichen Klassenjustiz nicht größer. Wie soll sie, die noch nicht einmal in der Lage war, den Kapitalismus in einem einzigen Punkt, dem Werkschutz, zu verteidigen, bestehen, wenn jetzt das gesamte kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückersystem in den Mittelpunkt des Prozesses rückt? Notwendigerweise muß dabei noch klarer werden, daß es für die Arbeiterklasse tatsächlich keinen anderen Ausweg gibt, als mit der KPD/ML für die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Jetzt ist der zweite kommunistische Lehrer in Hamburg von Entlassung bedroht!

Am 7. 6. 1974 wurde dem kommunistischen Hauptschullehrer Stephan Jensen mitgeteilt, daß er nicht mehr weiter unterrichten darf und weder seine Schule noch das Ausbildungsseminar betreten darf. Anlaß für die so eingeleitete Entlassung von Genossen Stephan aus dem Schuldienst ist ein offener Brief, mit dem er der Schulbehörde auf seine Strafversetzung vor einigen Wochen geantwortet hat.

Die Partei hatte diese Entwicklung vorausgesehen. So wird bereits zwei Tage vorher ein Flugblatt an der Realschule Kielkoppelstr., an der Genosse Stephan unterrichtet, verteilt, in dem zum Kampf gegen die drohende Entlassung und die zunehmende politische Unterdrückung aufgerufen wird. Die Schüler der Klasse 7 beschliessen, sich nachmittags zu treffen, um Kampfmaßnahmen zu beraten. Am nächsten Tag hängen sie in der Schule Plakate auf. Die Schulleitung geht von Anfang an – nervös geworden durch die Solidarität bei der Entlassung des kommunistischen Lehrers Paulick – massiv gegen die Schüler vor. Sie droht ihnen einerseits wegen der Plakate und versucht vor allem, ihr Vertrauen in die eigene Kraft zu schwächen. „Ihr wißt doch gar nicht, was ihr da schreibt", heißt es. So sollen die Kinder und auch ihre Eltern gegen den kommunistischen Lehrer aufgehetzt werden, der sie angeblich „indoktriniert". Aber so schnell sind die Schüler nicht zu zermürben. Als das Hausverbot für Genossen Stephan Jensen bekannt wird, beschließen sie: ohne unseren Lehrer gehen wir am Montag nicht in die Schule!

AUCH IN SCHLESWIG-HOLSTEIN: SOLIDARITÄT MIT KOMMUNISTISCHEN LEHRERN WÄCHST!

In Schleswig-Holstein sind es die angehenden kommunistischen Realschullehrer Peter Eisele und Rainer von Kügelen, die vom Berufsverbot bedroht sind.

An den Ausbildungsseminaren in Heide, Pinneberg, Kiel und Lübeck wird auf Vollversammlungen über den Kampf gegen diese Berufsverbote diskutiert. Die Vollversammlung in Lübeck beschloß am 8. 5. folgende Resolution und hängte sie auch am Institut aus:

„Die Realschulanwärter des Seminars Lübeck protestieren aufs Schärfste gegen die Suspendierung und die Dienststrafe (Kürzung der Dienstbezüge um 50%) des Realschullehreranwärters Peter Eisele und die Verzögerung der Einstellung des Studenten Rainer von Kügelen. Sie sehen darin eine politische Disziplinierung und Unterdrückung der beiden Anwärter und gleichzeitig einen Versuch zur Einschüchterung **aller** Anwärter mit dem Ziel, das Recht auf freie politische Betätigung einzuschränken.

Die Realschullehreranwärter fordern entschieden die Zurücknahme der Suspendierung und der Dienststrafe Peter Eiseles und die sofortige Einstellung von Rainer von Kügelen. Sie treten damit für die freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf und ersatzlose Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses ein."

Zwei Verkäufer des Roten Morgen überfallen

Zwei Genossen der KPD/ML verkauften am Samstag morgen, den 8. 6., wie gewohnt in Duisburg-Hamborn den Roten Morgen. Plötzlich kamen mehrere uniformierte Polizisten, zerrten die Genossen mit und brachten sie auf die Wache. Die beiden Genossen wurden dort erkennungsdienstlich behandelt und zwei Stunden lang verhört. Die Polizei behauptete, einer von ihnen habe den „Röhrenkieker", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Mannesmann, verteilt und gegen diese Zeitung laufe ein Verfahren wegen § 90a („Böswillige Verächtlichmachung der BRD"). Deshalb werde auch er eine Anzeige bekommen. Schließlich drohten die Polizisten, sie würden jetzt jedes Mitglied dieser Ortsgruppe festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln. Als Vorwand dabei soll ihnen ein Vorfall am 1. Mai dienen. Damals hatten Genossen während der 1. Mai-Demonstration versucht, einem zivilen Polizisten seinen Photoapparat wegzunehmen, worauf er eine Pistole zog und einen Genossen bedrohte. Sein Auto, mit dem er anschließend durch die Demonstrantenmenge davonraste, bekam dabei natürlich die Wut der empörten Demonstranten zu spüren.

In Wahrheit geht es der Bourgeoisie natürlich nicht um ein Auto. Womit sich die KPD/ML in Duisburg den besonderen Haß des Klassenfeindes zugezogen hat, war ihr Kampf um die Befreiung des von der Polizei verschleppten kommunistischen Thyssenarbeiters Günther Wagner, war ihr entschlossener Kampf gegen das Kapital und seine Handlanger, insbesondere die D„K"P, bei Mannesmann (siehe dazu auch Seite 6), war nicht zuletzt die Rote 1. Mai-Demonstration, die von breiten Teilen der Duisburger Arbeiter begrüßt worden ist.

Sofortige Aufhebung des Haftbefehls gegen Genossen Klaus!

Bereits am 3. 5. wurde gegen Genossen Klaus Kercher Haftbefehl erlassen. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Jörg Lang, erfuhr davon erst am 29. 5. und auch das nur durch einen Anruf im Amtsgericht München. Das bürgerliche Klassengericht hatte keinerlei Versuch unternommen, Rechtsanwalt Lang und über ihn seinen Mandanten davon zu benachrichtigen. Es hatte lediglich 5 oder 6 Mal Polizisten zur Hauswirtin von Genossen Klaus geschickt, die „freundlich" fragten, wo er sich im Moment aufhalte.

Wie wir im letzten Roten Morgen bereits berichteten, begann gegen Genossen Klaus Kercher bereits im Februar ein Prozeß wegen seiner Teilnahme an der Roten Antikriegstagsdemonstration 1972 in München. Genosse Klaus war dort festgenommen und über eine Woche in Haft gehalten worden. Der Haftbefehl gegen ihn wurde auch nach seiner Haftentlassung mit der dreisten Begründung aufrechterhalten, es bestehe Fluchtgefahr, weil er „nicht verheiratet sei". Bis zum Prozeß im Februar mußte Genosse Klaus sich dreimal pro Woche bei der Polizei melden. Erst in der Verhandlung am 24. 4. hob der Richter den Haftbefehl auf. In dieser, bisher letzten Verhandlung, hatte der Richter einen neuen Termin festgelegt, an dem der Verteidiger des Genossen Klaus verhindert war.

Es war klar, nachdem das Gericht in den ersten Tagen bereits mit der Verhaftung von 17 Zuschauern versucht hatte, die Öffentlichkeit aus dem Prozeß auszuschalten, sollte jetzt Genosse Klaus auch seiner Verteidigung beraubt werden! Genosse Klaus erschien deshalb zu diesem Prozeßtermin nicht.

Daraufhin stellte das Gericht einen Haftbefehl gegen ihn aus!

Der Rechtsanwalt des Genossen Klaus hat am 29. 5. die Aufhebung des Haftbefehls beantragt, da er auch juristisch völlig unhaltbar ist. Bis zum Redaktionsschluß hat das Gericht weder auf diese Eingabe geantwortet, noch einen neuen Prozeßtermin angegeben. Es ist offensichtlich, daß es diesen Haftbefehl aufrechterhalten will.

Die KPD/ML hat in einer Presseerklärung den Fall Klaus Kercher an die Öffentlichkeit getragen und zur Solidarität aufgerufen. Denn es kann nach dem bisherigen Vorgehen der Justiz kein Zweifel daran bestehen, daß sie Genossen Klaus in Untersuchungshaft bringen will, um ihn, wie jetzt schon so viele Genossen der RAF, ohne Prozeßurteil in Haft halten zu können. Diesen Plan der Bourgeoisie kann einzig und allein der Kampf der Partei und der Roten Garde und die Solidarität der Werktätigen verhindern!

Stuttgart: 1500 DM GELDSTRAFE FÜR FLUGBLATTVERTEILER

Am 21. und 24. Mai fand in Stuttgart die Berufungsverhandlung gegen zwei Genossen statt, die in der ersten Instanz zu 2100 DM Geldstrafe verurteilt worden waren, weil sie ein Flugblatt der KPD/ML zu den Ereignissen in Fürstenfeldbruck verteilt hatten. In ihm hieß es, daß "die wahren Mörder in Bonn sitzen". Der gerechte Standpunkt des palästinensischen Befreiungskampfes wurde unterstützt. Die bürgerliche Klassenjustiz verurteilte sie deshalb wegen § 90a (Verächtlichmachung der Bundesrepublik) und § 140 (Billigung von Verbrechen).

Zur Berufungsverhandlung kamen 60-70 Menschen. Wie schon in der ersten Verhandlung fehlte auch diesmal der Kronzeuge der Staatsanwaltschaft.
Betriebsrat Marschall von Bosch-Feuerbach, der damals die Polizei geholt hatte, zog es wohl vor, nicht so offen mit der bürgerlichen Klassenjustiz zusammenzuspielen. Schon bei der Verlesung des Urteils aus erster Instanz wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Die beiden Angeklagten Genossen gingen mit.

Der Richter erließ einen Haftbefehl, der in einen Vorführungsbefehl für den nächsten Termin umgewandelt wurde. In der Nacht vor dem 24.5. kam die Polizei in die Wohnungen der Genossen, die nicht zu Hause waren. Sie weckte das ganze Haus auf und drang in die verschlossene Wohnung ein.

Beim zweiten Termin führten die Genossen einen offensiven Kampf gegen die bürgerliche Klassenjustiz. Nachdem der erste wichtige Zeuge, der nicht bei der Polizei war, erst gar nicht erschienen war, fiel der zweite Zeuge, ein Werkschutzmann, in dieser Verhandlung um. Plötzlich war er an dem Tag, an dem das Flugblatt verteilt worden war, gar nicht im Betrieb gewesen. Nebenbei kam bei seiner Vernehmung dafür ans Tageslicht, daß der Werkschutz zusammen mit der Polizei Listen von Flugblattverteilern angefertigt hat, auf denen rund 30 Namen stehen.

Der Staatsanwalt machte schließlich in seinem Plädoyer klar, daß hier nichts als die Gesinnung der Genossen bestraft werden sollte. 1500 DM Geldstrafe war dann das Urteil des Richters.

Der Kampf der Partei und der Roten Garde wird weitergehen. Am Tag nach dem Prozeß wurden auf einer Veranstaltung der Roten Garde 150 DM zur Unterstützung der angeklagten Genossen gesammelt.

YURTSEVER BİRLEŞİK CEPHE

Case Postale 7 Postfach 7 P.O.Box 7 Dudelange – LUXEMBOURG

FRONT UNI PATRIOTIQUE
PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT
PATRIOTIC UNITED FRONT

An die
KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN–LENINISTEN

Werte Genossen,
Im Sommer 1973 riefen wir, die PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT DER TÜRKEI (PEF), dazu auf, die politischen Gefangenen und deren notleidende Familien in der Türkei materiell zu unterstützen. Viele Bruderorganisationen, Freunde und Genossen folgten diesem Aufruf. Sie sammelten Spenden, alte Kleider, Medikamente u. dgl. m. Auch die Genossen und Sympathisanten der KPD/ML sammelten Spenden. Sie übergaben der PEF eine Spendensammlung von 4.000 DM. Die PEF hat die Spenden und andere Sammlungen an die politischen Gefangenen und deren notleidende Familien zugeleitet.
Im Namen der politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei danken wir Euch, der KPD/ML. Eure tatkräftige Solidarität ist ein gutes Beispiel für den proletarischen Internationalismus.

Mit revolutionären Grüßen
PATRIOTISCHE EINHEITSFRONT DER TÜRKEI

GELDSAMMLUNG ZUR UNTERSTÜTZUNG DER OPFER DER ITALIENISCHEN FASCHISTEN

Mit großer Empörung erfuhren wir am Mittwoch (29. 5.) von dem faschistischen Bombenanschlag in der italienischen Stadt Brescia. Dort waren bekanntlich bei einer antifaschistischen Massenkundgebung mehrere Menschen getötet und über vierzig schwer verletzt worden, als ein Zeitzünder explodierte. Die Werktätigen Italiens protestierten geschlossen in einem Generalstreik gegen diesen faschistischen Terror.

Wir überlegten uns daher, wie auch wir bei uns im Betrieb unsere Solidarität mit unseren italienischen Klassenbrüdern zum Ausdruck bringen könnten. Wir entschlossen uns, eine Geldsammlung für die betroffenen Familienangehörigen zu organisieren. Es kamen dabei insgesamt 18 DM zusammen. Gewiß nur ein kleiner Betrag für mehrere Familien. Aber das ist nicht das Wichtigste, sondern, daß unsere italienischen Kollegen wissen und ganz praktisch erfahren, die deutschen Proleten stehen auf ihrer Seite im Kampf gegen den Faschismus und die sozialistische Revolution.

Wir überweisen das Geld an unsere Bruderpartei, die PCI/ML, mit dem Auftrag, es an die betreffenden Familien weiterzuleiten.

Rot Front!
Genossen der SABA Werke III, Friedrichshafen.

Alle marokkanischen Kollegen sind sich einig:

"Es war Mord!"

Wenige Tage nach dem Tod der 27jährigen Marokkanerin Yamina Abdel Yaliki nach einer Vorführung vor Studenten der TU Aachen, sprachen Genossen des Roten Morgen mit ihrem Mann, Houmad Abdel Yaliki. Er sagte den Genossen: "Sie haben sie als Versuchskaninchen benutzt. Wenn sie sie nicht behandeln wollten, hätten sie das nur zu sagen brauchen. Dann hätte ich auch ein paar tausend Mark bezahlt und sie zu einem anderen Arzt gebracht!"

Die bürgerliche Presse versucht den Fall Yaminas jetzt als "empörenden Skandal' aufzubauen, der sozusagen einmalig dasteht. Aber das stimmt nicht, der Fall Yaminas ist das Schicksal eines kranken Arbeiters, einer kranken Arbeiterin im Kapitalismus.

Der Mord an Yamina begann nicht erst damit, daß Professor Reiffenscheid eine todkranke Frau als Demonstrationsobjekt mißbrauchte. Er begann mit dem Tag ihrer Einlieferung ins Krankenhaus.

Houmad Abdel Yaliki brachte seine Frau am 18.5. ins Krankenhaus. Er blieb noch vier Stunden bei seiner Frau. Sie hatte starke Schmerzen und erbrach sich oft. Trotz seiner Bemühungen, Hilfe und ein Medikament für sie zu bekommen, bekam er außer einer Brechtüte nichts. Abends hatte sich immer noch niemand um sie gekümmert. Das gleiche am Sonntag. Als er sie am Montag besuchte, fand er sie am Boden liegend. Sie hatte nach einer Schwester klingeln wollen und war dabei aus dem Bett gefallen. Sie hatte immer noch keinerlei Medikament bekommen. Am Dienstag morgen wurde sie dann, wie im letzten Roten Morgen beschrieben, in der Vorlesung vorgezeigt.

Houmad Abdel Yaliki sagte unseren Genossen, er habe nicht glauben wollen, daß es in Westdeutschland solche Verhältnisse gibt. Viele seiner Kollegen hatten ihm allerdings schon erzählt, er solle nicht zum Arzt gehen, da würde er nur geflickt, um weiter arbeiten zu können. Jetzt hat er mit eigenen Augen gesehen, was es für die Arbeiter heißt, im Kapitalismus krank zu werden.

Auf Grund der Empörung in der Aachener Bevölkerung und der offen kriminellen Vorgehensweise einiger Ärzte (So wurde die Leiche widerrechtlich 2 Stunden nach dem Tod Yaminas und ohne Einverständnis ihres Mannes seziert, einige innere Organe verbrannt) sah sich die Staatsanwaltschaft zur Aufnahme von Ermittlungen gezwungen. Allerdings erklärt die Staatsanwaltschaft bereits jetzt, daß so bald nicht mit Ergebnissen der Ermittlungen zu rechnen sei. . .

Wissenschaftsminister Rau hat jetzt Ermittlungen ins Gespräch gebracht, die die Staatsanwaltschaft sicher eifriger aufnehmen wird. In einem Brief an einige Assistenten der TU hat Rau ihnen praktisch empfohlen, doch Strafanzeige gegen die Studenten zu erstatten, wenn sie nach wie vor der Meinung seien, die Studenten hätten mit ihrem Flugblatt über den Fall Yamina die ärztliche Schweigepflicht durchbrochen.

Wochen, sagt der Staatsanwalt ,wird es noch dauern, bis er mit seinen Ermittlungen zu einem Ergebnis gekommen ist.

Heute schon hat Houmad Abdel Yaliki dagegen eine Rechnung über 5 000 DM auf dem Tisch liegen. Er soll die Überführung und das Begräbnis für seine Frau bezahlen! Houmad weiß nicht, wie er so viel Geld aufbringen soll. Obwohl er seit dem Tod seiner Frau unter so starken Kopfschmerzen leidet, daß er kaum noch arbeiten kann, wagt er nicht, sich krankschreiben zu lassen.

Trotz alledem ist Houmad Abdel Yaliki nicht bereit, klein beizugeben. Er will den Kampf um sein Recht und das Recht seiner Frau auch vor Gericht führen. In einem Kampf um die Bestrafung der Mörder seiner Frau kann sich Houmad der Solidarität seiner Kollegen sicher sein.



Yamina Abdel Yaliki und ihr Mann Houmad

Wie arbeiterfeindlich die kapitalistische Medizin ist, erfuhr Houmad Abdel Yaliki am eigenen Leib bei der Firma Philips (Aachen). Ein Meister verbrannte ihm mit einem heißen Preßrahmen für Fernsehschirme den Rücken. Dabei wurde die Kleidung bis auf die Haut durchgebrannt. Der Werksarzt weigerte sich, Houmad krankzuschreiben, sondern ließ ihn in einer kühleren Abteilung weiterarbeiten. Nach zwei Tagen sollte er aber mit seiner Brandwunde bereits wieder bei 700 C arbeiten. Darauf verlangte er einen Krankenschein, um zu einem Spezialisten zu gehen. Der Werksarzt wollte ihn zu einem bekannten Arzt schicken. Houmad ging aber zu einem Arzt seiner Wahl. Als der Betriebsarzt das erfuhr, schrie er ihn an, er solle gefälligst zu dem Arzt gehen, an den er ihn verweise. Houmad antwortete aber: "Ich gehe doch nicht dahin, wohin sie mich schicken. Vielleicht ist der Arzt genauso wie sie?"

Nachdem Houmad, den der Arzt krankgeschrieben hatte, wieder in die Firma zurückkehrte, stellte der Betrieb "Eigenverschulden" fest. Voller Wut über diese Unverschämtheit ließ er sich seine Papiere geben und hörte sofort mit der Arbeit auf. Darum bekam er keinen Urlaub und mußte noch 150DM Strafe zahlen.

Die Sorgen und Nöte der Militaristen:

STRAFVERSETZUNG EINES SOLDATENGENOSSEN SOLL IHNEN RUHE SCHAFFEN

Soldatengenosse Albrecht Römer ist Ende Mai aus der Friedrich-Finck-Kaserne in Reutlingen zum Sanitätsbataillon nach Eßlingen strafversetzt worden.

Genosse Albrecht hat von Anfang an, seit er in der 5./250 ist, im Unterricht, in der "Aktuellen Information" und im täglichen Kampf den Standpunkt der Roten Garde vertreten. Regelmäßig erlebten seine Kameraden die Hilflosigkeit der Herren vom Barras: sie kamen ins Schwimmen, wußten nicht mehr ein und aus. Bis es ihnen schließlich zu viel wurde und sie den Genossen strafversetzten.

In einem Flugblatt der Roten Garde Reutlingen heißt es: "Genosse Albrecht Römer von der 5./250 hat am 1. März in Reutlingen Flugblätter der KPD/ML verteilt. In diesen Flugblättern stand, daß der Rotgardist Sascha Haschemi nach Persien abgeschoben werden soll, weil er Kommunist ist und als Kommunist am Roten Antikriegstag 1972 in München gekämpft hat. . . Die Polizei beschlagnahmte die Flugblätter und nahm die Personalien des Genossen Albrecht auf. Obwohl der Genosse nicht sagte, daß er bei der Bundeswehr ist, wußte nach 4 Tagen der BttrChef Bescheid. Von nun an wurde der Genosse und verschiedene Kameraden laufend verhört: vom BttrChef, vom Spieß und vor kurzem auch vom MAD."

Der MAD hatte sich eingeschaltet, nachdem die Soldatenzelle der Roten Garde am 1.Mai in der Kaserne Plakate geklebt hatte. "Er wollte alles über die KPD/ML wissen und sogar die politische Gesinnung seiner Kameraden in der Batterie sollte er verraten. Doch der Genosse verpfiff niemanden." Daraufhin drohte der MAD bereits mit der Versetzung in eine andere Kaserne. **Um gegenüber den Kameraden des Genossen leichteres Spiel zu haben, log der MAD, daß in einem ominösen Rauschgifthändlers die Adresse des Genossen gefunden worden sei.**

Die Soldatenzelle der Roten Garde antwortete mit einem Flugblatt, dem ersten in dieser Kaserne. Innerhalb von 4 Stunden wanderten zwei Exemplare des Flugblatts durch sämtliche Stuben der 5./250.

Zunächst geschah nichts - bis der Genosse dann einige Tage später die Mitteilung über seine Versetzung erhielt.

"Doch wenn die Herren vom Bazras meinen", schreiben die Reutlinger Genossen," daß mit einer Strafversetzung die Ruhe wieder einkehrt, haben sie sich getäuscht. Das zeigte sich auf dem Abschiedsfest, daß der Genosse schnell noch in der Kaserne organisierte: Seine Kameraden überreichten ihm nähmlich als Abschiedsgeschenk das Buch: "Zur Geschichte der KPD" mit folgender Widmung:

"Gewidmet dem Kameraden Albrecht Römer von seinen Kameraden der Verm. Grp 5./250 anläßlich seiner Zwangsversetzung, zu der sich die Bundeswehr aus Angst vor seinem unerschrockenen Auftreten als Kommunist und Rotgardist gezwungen sah. Wir erwarten von Dir, daß Du Dich nicht unterkriegen läßt, sondern auch weiterhin genauso unerschrokken wie bisher gegen die Bundeswehr kämpfst! - Eberhard-Finck-Kaserne - 29.5.1974"

Genosse Albrecht versprach seinen Kameraden, ihre Erwartungen zu erfüllen, und nahm ihnen gleichzeitig das Versprechen ab, auch ohne ihn den Kampf weiterzuführen."

Tierpark Olderdissen bei Bielefeld:

Britische Armee verwüstet Naturschutz- und Erholungsgebiet

Am 13.5. führte das 7. Signal-Regiment aus Herford, Teil der britischen Besatzungstruppen in Deutschland, im Bielefelder Raum das Manöver Fresh Breeze (Frische Brise) durch.

Entgegen den vorherigen Versprechungen fand das Manöver auch im Naturschutz- und Erholungsgebiet um den Tierpark Olderdissen statt. Die Folge war: Spazier- und Wanderwege wurden zerstört, der Waldlehrpfad beschädigt und der Baumnachwuchs rücksichtslos niedergewalzt. Von britischer Seite wurden anschließend Versuche unternommen, Pressephotos über die Verwüstung einzukassieren. In breiten Kreisen der Bevölkerung wurde Empörung laut. Um die empörte Bevölkerung zu beschwichtigen, kündigte der Bielefelder Oberbürgermeister Hinnendahl eine "Erörterung" des Vorfalls an. Was Hinnendahl mit den Vertretern der britischen Armee erzählen wird, kann man sich denken, wenn sich an die Worte des Bielefelder Oberbürgermeisters erinnert: "Mit der britischen Garnison in Bielefeld haben wir immer das beste Verhältnis." Um dieses "gute Verhältnis" zu wahren, regt sich OB Hinnendahl heute lautstark darüber auf, daß die britische Armee Abmachungen gebrochen habe. Als ob die Bevölkerung Straßen und Felder, die im "Rahmen der Abmachungen" verwüstet werden, der Bevölkerung weniger schaden!

In Nordhorn flogen britische Flugzeuge im Tiefflug über Frauen und Kinder, die gegen den Truppenübungsplatz Nordhorn-Range protestierten. - Ganz im Rahmen der Abmachungen! - Deutsche Polizisten gingen hier gemeinsam mit den ausländischen Besatzern gegen die Bevölkerung vor.

Der "Kampf gegen die Übergriffe der britischen Imperialisten" bringt der Bevölkerung weder das Ende der Manöververwüstungen, noch schützt es sie davor, daß sich die Flugzeuge, Panzer und anderen Waffen der ausländischen Besatzer gegen Arbeiter, Frauen und Kinder wenden. **Was hilft, ist allein der Kampf für den Abzug der Besatzertruppen und der Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten, die im "besten Verhältnis" mit ihnen stehen.**

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ◯ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf, ...

Postleitzahl/Ort ....

Straße..............................

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr. Mi: 16.00 - 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/ 41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20.

KIEL:
Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

Rote Hilfe Lübeck gegründet!

Am 31.5. wurde in Lübeck die Rote Hilfe gegründet. Sie stützt sich auf den Programmatischen Aufruf, der in der Nr. 24 der Rote-Hilfe-Zeitung veröffentlicht wurde. Gegen diese revolutionäre Linie wetterte auf der Gründungsveranstaltung vor allem der "Kommunistische" Bund Nord. Er forderte, daß die Rote Hilfe auch solche Todfeinde der Arbeiterklasse, wie den Revisionistenführer Corvalan, unterstützen müsse. Als sie mit solchen Forderungen eine Abfuhr erlitten, verließen die Vertreter des 'K'B-Nord die Versammlung.

Die Rote Hilfe stellte sich anschließend folgende konkrete Aufgaben für ihren Kampf in Lübeck:
Kampf für die Einbürgerung von Sascha; Unterstützung von Margit Schiller und Christa Eckes, die im Lübecker Knast sitzen; Solidarität mit einem Genossen des 'K'B-Nord, der eine Anzeige wegen Landesfriedensbruchs bekommen hat; Kampf gegen den Versuch, in der Medizinischen Hochschule Lübeck die Isolationsfolter für die Praxis zu erproben.

PARTEIVERANSTALTUNG HAMBURG

Am 14.6. findet im Alten Sängerheim in der Oelkersallee eine Veranstaltung der KPD/ML zur Fußballweltmeisterschaft statt.